

Monitoring

Antisemitismus im Kontext der Covid- 19-Pandemie



Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus

Impressum

Herausgegeben vom

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen
Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS)
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 817 98 58 18
Email: presse@report-antisemitism.de

V.i.S.d.P. ist Benjamin Steinitz, Bundesverband RIAS

Konzept, Redaktion, Satz und Grafik: Bundesverband RIAS e.V.

Für die landesweiten Berichte sind die jeweiligen Projekte redaktionell verantwortlich: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern in Trägerschaft des Bayerischen Jugendrings (BJR) K.d.ö.R., RIAS Berlin in Trägerschaft des Vereins für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V., Fachstelle Antisemitismus Brandenburg in Trägerschaft des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam (MMZ), Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover in Trägerschaft der Hochschule Hannover (HsH), Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus SABRA in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf sowie Landesweite Informations- & Dokumentationsstelle Antisemitismus Schleswig-Holstein (LIDA-SH) in Trägerschaft des Zentrums für Betroffene rechter Angriffe (ZEBRA) e.V.

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim Bundesverband RIAS oder den jeweiligen Projekten.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2020 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Fördermittelgeber_innen dar. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden. Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der Bundesverband RIAS benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Inhalt

Impressum	2
Bundesweite Einschätzungen	4
Bayern	16
Berlin	22
Brandenburg	28
Hannover	34
Nordrhein-Westfalen	40
Schleswig-Holstein	46

Förderung



BGAG-Stiftung
Walter Hesselbach

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Bundesweite Einschätzungen

17. März bis 17. Juni 2020

Spätestens mit der Verkündigung eines Einreisestopps für Drittstaatler_innen und einer weltweiten Reisewarnung durch das Auswärtige Amt am 17. März sowie mit dem Inkrafttreten von Kontaktbeschränkungen am 22. März 2020 ist die Covid-19-Pandemie auch in den Alltag und das Bewusstsein der Menschen in Deutschland gerückt. Dies hatte in dreierlei Hinsicht Auswirkungen auf das Problemfeld Antisemitismus:

Erstens beobachtete der Bundesverband RIAS von Beginn der Pandemie an das Aufkommen antisemitischer Mythen unterschiedlicher Art zur Entstehung und Verbreitung des Covid-19-Virus, aber auch zu den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Zweitens wirkten sich jene Maßnahmen auch auf zahlreiche Formen antisemitischer Vorfälle aus: Als beispielsweise Fußballstadien, Kneipen und Clubs geschlossen, der ÖPNV wesentlich weniger frequentiert wurde, kam es an diesen spezifischen Tatorten auch zu deutlich weniger antisemitischen Vorfällen. Antisemitische Vorfälle, die sich im Internet ereigneten, waren von diesen Beschränkungen gleichzeitig nicht betroffen. Drittens erschwerten die Kontaktbeschränkungen jedoch auch die Arbeit gegen Antisemitismus beispielsweise durch zivilgesellschaftliche Institutionen deutlich. Unter ihnen litt unter anderem die Pflege des Meldernetzwerks und der vertrauensvolle Kontakt zu Betroffenen-Communities. Es steht somit zu befürchten, dass der Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen von weniger antisemitischen Vorfällen erfahren haben, als dies sonst der Fall wäre.

An diesen drei Aspekten zeigt sich bereits, dass die Covid-19-Pandemie auf vielschichtige und zum Teil gegenläufige Art Antisemitismus, Gelegenheitsstrukturen für die Äußerungen antisemitischer Inhalte und die Arbeit gegen Antisemitismus beeinflusst hat. Wenngleich sich die unterschiedlichen antisemitischen Artikulations- und Erscheinungsformen im dokumentierten Zeitraum durchaus überlagerten, lassen sich idealtypisch dennoch in Deutschland unterschiedliche Phasen innerhalb der ersten drei Monaten der Pandemie erkennen, in denen einzelne jeweils stärker hervortraten – beginnend mit den ersten massiven staatlichen Maßnahmen am 17. März: Zunächst

spielten sich antisemitische Äußerungen insbesondere im Online-Bereich ab, häufig verbunden mit nicht explizit antisemitischen Verschwörungsmythen, die schnell eine enorme Verbreitung erfuhren. Als sich in einer zweiten Phase auch jüdisches Leben in Deutschland mehr und mehr in den digitalen Raum verlagerte, war dies mit massiven Formen verletzenden Verhaltens verbunden, die sich direkt gegen Jüdinnen_Juden richteten. In einer dritten Phase manifestierten sich antisemitische Deutungen nicht mehr nur online, also zum Beispiel in Chatgruppen und in Sozialen Medien, sondern auch auf einer Vielzahl von Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet. So groß der Zuspruch zu diesen Demonstrationen und so hoch die Zahl der Teilnehmer_innen zunächst teilweise auch war, so stark ließ diese Protestdynamik nach vehementer und einhelliger Kritik in der Öffentlichkeit auch wieder nach – verbunden mit einer weiteren Explizierung antisemitischer Inhalte. Parallel zu diesen Phasen erfassten der Bundesverband RIAS und mehrere regionale Meldestellen eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle mit unmittelbarem oder mittelbarem Bezug zur Covid-19-Pandemie.

Jüdische Perspektiven auf antisemitische Deutungen der Pandemie

Von Beginn an nahmen auch Jüdinnen_Juden grassierende antisemitische Verschwörungsmythen mit Covid-19-Bezug wahr. Dies wurde in einer Reihe von kurzen Interviews dokumentiert, die von RIAS Berlin, RIAS Bayern und der Servicestelle SABRA aus Düsseldorf zur Wahrnehmung von Antisemitismus während der Covid-19-Pandemie mit in der Öffentlichkeit stehenden Jüdinnen_Juden geführt wurden.¹ Hier äußerten viele Befragte den Eindruck, die Pandemie würde einen Anlass zur Reaktivierung antisemitischer Verschwörungsmythen bieten, die insbesondere online immer offener geäußert würden. So gab der Rapper und Buchautor Ben Salomo gegenüber RIAS Berlin zu Protokoll, er halte die Coronapandemie in Bezug auf Antisemitismus für einen „Brandbeschleuniger“². Ähnliches beobachtete Alexandra Poljak, Vorstandsmitglied im Verband jüdischer Studenten Bayern (VJSB). Sie sagte

1 <https://www.facebook.com/media/set/?vanity=AntisemitismusRechercheBerlin&set=a.2615004932154512>

2 [https://www.facebook.com/BundesverbandRIAS/posts/228762955196546?__cft__\[o\]=AZVQKlu_83tEAEMe-m5ip-oLp_Sf1nOADjI_lI9znW9sz8Yyh9Vz5g6OdNTMVnGPJLkvn7-BIN4qeP2WH9V_poQZpF-r5B2PUPRox-cr7olcO5FWr4vkfoDBZDVcFROaKlqvX5kY7WxVHLw18cVAqaDT8gKTIpLPzm4rAp47Ppu1wZamNtoopl_ysP-8QvgfAHQbLQXqclIkvJ9lugMXH1AYGmexFvB45ZjRHH53lu6wfxRQ&__tn__=%2CO%2CP-R](https://www.facebook.com/BundesverbandRIAS/posts/228762955196546?__cft__[o]=AZVQKlu_83tEAEMe-m5ip-oLp_Sf1nOADjI_lI9znW9sz8Yyh9Vz5g6OdNTMVnGPJLkvn7-BIN4qeP2WH9V_poQZpF-r5B2PUPRox-cr7olcO5FWr4vkfoDBZDVcFROaKlqvX5kY7WxVHLw18cVAqaDT8gKTIpLPzm4rAp47Ppu1wZamNtoopl_ysP-8QvgfAHQbLQXqclIkvJ9lugMXH1AYGmexFvB45ZjRHH53lu6wfxRQ&__tn__=%2CO%2CP-R)

gegenüber RIAS Bayern: „Ich finde das gruselig, gleichzeitig wundert es mich nicht. Sobald etwas auftaucht, was den Menschen Angst macht, weil es unklare Folgen hat, suchen sie nach Erklärungen und Schuldigen. Unabhängig davon, ob es diese gibt oder nicht. Als jüdische Person wusste ich bereits von Anfang an, dass Corona antisemitische Verschwörungsmymen mit sich bringen wird.“³ Judith Neuwald-Tasbach, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen, sprach mit SABRA über alte, antisemitische Muster, die sie auch in Zeiten der Covid-19-Pandemie erkenne: „Juden werden zu Sündenböcken gemacht, es gibt doch tatsächlich die Aussage, dass Juden den Coronavirus in die Welt gebracht haben, um davon wirtschaftlich zu profitieren! Und ich musste mir schon zweimal anhören, dass angeblich Israelis am Flughafen in China oder in den Lagern der Hersteller von anderen Ländern bestellte und dringend benötigte Mundschutzmasken etc. einfach nach Israel ‚umleiten‘, also stehlen.“⁴ Dass die Pandemie und die mit ihr verbundenen staatlichen Maßnahmen eine Gelegenheitsstruktur für das Äußern von antisemitischen Mythen und Deutungen bieten würde, war, das legen diese Interviews nahe, für viele Jüdinnen_Juden früh spürbar.

Antisemitische Online-Vorfälle gegen Jüdinnen_Juden: Das Beispiel Zoombombing

Mit Fortschreiten der Kontaktbeschränkungen verlagerte sich auch das jüdische Leben in Deutschland mehr und mehr in den digitalen Raum: Gottesdienste, Vorträge und andere Treffen fanden nun online statt. Hiermit verbunden waren neue Formen antisemitischer Vorfälle im Internet: So dokumentierte der Bundesverband RIAS in den ersten vier Wochen der Kontaktbeschränkungen mindestens sieben Vorfälle, bei denen Videokonferenzen von jüdischen Gemeinden und Institutionen oder Gedenkveranstaltungen gezielt antisemitisch gestört wurden – umgangssprachlich werden diese Störungen in Anlehnung an eine populäre Videokonferenzplattform

3 [https://www.facebook.com/RIASBayern/posts/793726154368868?__cft__\[o\]=AZU44CM2zOOP_Un6mClSy-hl6kg3drq89tKbL5XSXOFevyubB4uxs_hVDliUV_AuCWhsdfqg-p4UTY2JQM1uaQ80-UeTAdbjZeYuoxWGelHYe-gnJUcE3ecDzNZHUUAuXzBtl_-IP1AxtagkUGObPLEccEb3SmSgQeJgGIXUK_Ig--dwTEGAchsoxFYsoxYYJR7_2Czi-R1UwwmFzd4wyTQbxKGBroOX8xTewCT_qgb5-ylo8w&__tn__=%2CO%2CP-y-R](https://www.facebook.com/RIASBayern/posts/793726154368868?__cft__[o]=AZU44CM2zOOP_Un6mClSy-hl6kg3drq89tKbL5XSXOFevyubB4uxs_hVDliUV_AuCWhsdfqg-p4UTY2JQM1uaQ80-UeTAdbjZeYuoxWGelHYe-gnJUcE3ecDzNZHUUAuXzBtl_-IP1AxtagkUGObPLEccEb3SmSgQeJgGIXUK_Ig--dwTEGAchsoxFYsoxYYJR7_2Czi-R1UwwmFzd4wyTQbxKGBroOX8xTewCT_qgb5-ylo8w&__tn__=%2CO%2CP-y-R)

4 [https://www.facebook.com/SABRA.JGD/posts/577649012859698?__cft__\[o\]=AZV8FGjgJQHyl1eZaLm-gKub-8VEAAIfwRI5RR5TTw8wApv3MBRVydFb77_6mCIAKRmRplD9MPGwinX_6oKTLnBgJc1sdpEtCnhM-G5sVuhB8P8onHB-GG6cX2gRG3mJDViiVl2XU_HtNudjpPbVOet7d3aa2fMJGntz_-sNeG_inJLp1op-Qd3ySWxp62SfcTU-T_NXcTTcgrW2oDqBTvig7UqW3Q7fq5QRqLro-k4vGQ&__tn__=%2CO%2CP-y-R](https://www.facebook.com/SABRA.JGD/posts/577649012859698?__cft__[o]=AZV8FGjgJQHyl1eZaLm-gKub-8VEAAIfwRI5RR5TTw8wApv3MBRVydFb77_6mCIAKRmRplD9MPGwinX_6oKTLnBgJc1sdpEtCnhM-G5sVuhB8P8onHB-GG6cX2gRG3mJDViiVl2XU_HtNudjpPbVOet7d3aa2fMJGntz_-sNeG_inJLp1op-Qd3ySWxp62SfcTU-T_NXcTTcgrW2oDqBTvig7UqW3Q7fq5QRqLro-k4vGQ&__tn__=%2CO%2CP-y-R)

als „Zoombombings“ bezeichnet. So störten beispielsweise am 20. April acht bis zehn Personen ein Abendgebet der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, das auf einer Videokonferenzplattform abgehalten wurde. Der Gottesdienst hatte noch nicht begonnen, als sich die Störenden – einige mit dem Usernamen „Hitler“ – in die Konferenz einwählten und auf Englisch fragten, ob es sich bei den Betroffenen um Jüdinnen_Juden handle. Der Rabbiner blieb ruhig und beendete den Stream, bevor weitere antisemitische Parolen gerufen werden konnten. Er zeigte die Störung bei der Polizei an. Ähnliche Vorfälle wurden dem Bundesverband RIAS und regionalen Meldestellen aus Düsseldorf, Frankfurt am Main und Berlin bekannt.⁵ Mittlerweile hat der Bundesverband RIAS gemeinsam mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) eine Handreichung mit dem Titel „Auch digital sichere Räume schaffen: Online Veranstaltungen und -Seminare schützen.“ veröffentlicht.⁶

Schoarelativierung und antisemitische Verschwörungsmymthen auf Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie

Im Zeitraum von 17. März bis 17. Juni 2020 wurden dem Bundesverband RIAS 123 Kundgebungen und Demonstrationen mit Bezug zur Covid-19-Pandemie bekannt, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam. RIAS erfasst diese als Fälle „verletzenden Verhaltens“. In 91 Fällen wurden hierbei Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus, also antisemitische Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus und die Schoa, in 28 Fällen Stereotype des modernen Antisemitismus, also beispielsweise antisemitische Verschwörungsmymthen, verwendet. Israelbezogener Antisemitismus (in drei Vorfällen) und Antijudaismus (in einem) spielten bei diesem Demonstrationsgeschehen hingegen fast keine Rolle. Aufgrund der großen Zahl der Versammlungen, ihrer regionalen Verteilung insbesondere auch im ländlichen Raum und den nicht durchgängig vorhandenen Monitoringressourcen ist jedoch von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.

5 <https://www.facebook.com/notes/bundesverband-rias-ev/antisemitische-vorf%C3%A4lle-bei-online-veranstaltungen/246145610124947>

6 https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/07/200715_MBR_RIAS-Handout-Zoombombing.pdf

Die beschriebene quantitative Verteilung unterschiedlicher Erscheinungsformen des Antisemitismus zeigt bereits zwei Dimensionen, die der Antisemitismus auf den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie vorrangig umfasste: Erstens waren fast durchgehend in Reden, auf Plakaten und auf T-Shirts schoarelativierende Vergleiche les- und hörbar. So war zum Beispiel auf T-Shirts ein sogenannter „Judenstern“ mit der Inschrift „ungeimpft“ zu sehen. Bei solchen und ähnlichen Äußerungen handelt es sich um eine antisemitische Selbstviktimsierung: Mit der Selbstinszenierung als Opfer wird die Schoa und der Nationalsozialismus verharmlost, auch die Rolle von Täter_innen und Opfern wird vertauscht – schließlich handelt es sich bei den meisten Demonstrierenden als Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft um Kinder, Enkel_innen und Urenkel_innen von Täter_innen und Zuschauer_innen im Nationalsozialismus. Diese Relativierung ist nicht nur für Überlebende und ihre Nachkommen unerträglich und verletzend, sie geht auch mit Schuldabwehr und Aggressionen gegen Jüdinnen_Juden einher. Zweitens wurden auf vielen Demonstrationen antisemitische Verschwörungsmythen in Redebeiträgen, auf Kleidungsstücken und Plakaten verbreitet oder auf diese Mythen angespielt. Im Zuge von manichäischen Gut-Böse-Schemata vermuteten Demonstrierende bei vielen Versammlungen gesellschaftliche Prozesse und Krisen als Resultat intendierten Verhaltens kleiner Gruppen und Einzelpersonen. So wurden als Schuldige für die Covid-19-Pandemie unter anderem „Zionisten“, „Rothschild“ oder auch „Soros“ benannt. Noch weiter verbreitet waren jedoch Verschwörungsmythen, die ohne explizite Nennung von Jüdinnen_Juden als Verursacher_innen von Pandemie und Krise auskamen und sich stattdessen beispielsweise gegen Bill Gates, die „Neue Weltordnung (NWO)“ oder „Eliten“ richteten. Derartige, nicht explizit antisemitische Verschwörungsmythen werden von RIAS nicht als antisemitische Vorfälle erfasst.

Als Startpunkt der bundesweiten Versammlungen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie können die sogenannten Hygienesdemonstrationen in Berlin ab März 2020 gesehen werden. Bereits bei diesen unangemeldeten Kundgebungen zeichneten sich auch jenseits der antisemitischen Äußerungen gewisse Muster ab, die bis heute Teile des Demonstrationsgeschehens gegen die Maßnahmen prägen⁷:

- **Die Existenz der Covid-19-Pandemie wird geleugnet oder die Folgen einer Erkrankung bagatellisiert** – stattdessen wird die Pandemie, aber auch Kritik an Verschwörungsmythen als Werkzeug der „Eliten“ bezeichnet.
- **Etablierten Medien wird großes Misstrauen entgegengebracht, als valide Quellen gelten stattdessen Messengerkanäle und Nachrichtenseiten aus dem verschwörungsideologischen Spektrum.** Diese sorgen für die weitere Verbreitung von aktuellen Verschwörungsmythen im Netz, Vertreter_innen dieser Angebote treten als Redner_innen auf Versammlungen auf.
- **Eine wahrnehmbare Abgrenzung zu Akteur_innen der extremen Rechten oder zu (antisemitischen) Verschwörungsideolog_innen findet nur selten statt.** In der Folge konnten diese die Versammlungen häufig ohne Widerspruch als Bühne für ihre Inhalte nutzen.
- **Die Protestierenden verorten sich selbst als marginalisierte Gruppe, aber auch als einzig legitime „demokratische Opposition“ gegen die Einschränkung von Grundrechten.** In diesem Zusammenhang werden immer wieder Vergleiche mit der antisemitischen Politik im Nationalsozialismus gezogen, die Demonstrierenden inszenieren sich als ähnlich verfolgt wie Jüdinnen_Juden während der Schoa.

Nach dem Berliner Vorbild vernetzten sich im Internet unter Namen wie „Corona-Rebellen“, „Nicht ohne uns“ oder „Querdenken“ regionale Gruppen, die im gesamten Bundesgebiet ab Mitte April die ersten Versammlungen gegen die die staatlichen

7 Auch der Bundesverband Mobile Beratung hat „9 Thesen zu Anfeindungen, Verschwörungsmythen und rechtsoffene Versammlungen im Kontext der Corona-Pandemie“ veröffentlicht: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020/05/21/9-thesen-zu-anfeindungen-verschwoerungsmythen-und-rechtsoffene-versammlungen-im-kontext-der-corona-pandemie/>

Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie veranstalteten. Trotz zahlreicher Überschneidungen und Ähnlichkeiten entwickelte sich schnell ein inhaltlich und organisatorisch relativ heterogenes und insbesondere schwer überschaubares Spektrum von Versammlungen und Demonstrationen:

Während es sich bei den Versammlungen in Ostdeutschland häufig um nicht angemeldete „Spaziergänge“ handelte, wurden in anderen Bundesländern Kundgebungen und Demonstrationen angemeldet. In Ostdeutschland wurden zudem häufiger vermeintliche Analogien zur Einschränkung von Grundrechten in der DDR betont, während in Westdeutschland vielfach NS-Vergleiche verwendet wurden, um die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie zu kritisieren. Waren an manchen Orten insbesondere in den neuen Bundesländern etablierte, zum Teil rechtsextreme und verschwörungsideologische Akteur_innen in die Organisation der Proteste eingebunden, war dies andernorts nicht der Fall. Diese Unterschiede hinsichtlich der Inhalte, Protestformen und Akteur_innen spiegeln sich auch in der Zahl jener Versammlungen wieder, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam: Hier liegt ein deutlicher Schwerpunkt in den südlichen Bundesländern sowie in der Bundeshauptstadt Berlin. Dabei hängt die Zahl der beobachteten Versammlungen jedoch auch von den Ressourcen der Meldestellen, der Existenz einer antisemitismuskritischen Zivilgesellschaft und ähnlichem ab.

Abbildung 1

Dem Bundesverband RIAS bekannt gewordene Versammlungen mit antisemitischen Inhalten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie, 17.3.–17.6.2020, nach Bundesländern

Bundesländer	Anzahl
Bayern	30
Baden-Württemberg	19
Berlin	16
Brandenburg	7
Bremen	3
Hessen	8
Niedersachsen	5
Nordrhein-Westfalen	6
Rheinland-Pfalz	4
Sachsen	8
Sachsen-Anhalt	11
Schleswig-Holstein	3
Thüringen	3

Anfang Mai stieg sowohl die Zahl der Versammlungen als auch die Anzahl der Teilnehmer_innen: Schnell hatte sich der Samstag als Schwerpunkt etabliert und es wurden zeitweise bis zu 150 Versammlungen bundesweit an einem Tag beworben. Aufgrund der Menge und der regionalen Verteilung ist schwer zu beurteilen, wie viele der Veranstaltungen tatsächlich stattgefunden haben. Mitte Mai fanden die meisten dieser Proteste statt, seitdem ist die Zahl rückläufig.

Abbildung 2

Dem Bundesverband RIAS bekannt gewordene Versammlungen mit antisemitischen Inhalten 17.3.–17.6.2020, nach jeweiligem Samstag

Datum	Anzahl
25. April	5
2. Mai	12
9. Mai	18
16. Mai	22
23. Mai	16
30. Mai	12
6. Juni	8
13. Juni	9

Ab Mitte Mai nahmen nicht nur die Zahl der Proteste und der Teilnehmer_innen an ihnen bundesweit ab, auch die transportierten Inhalte veränderten sich: Äußerungen, die dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen sind, wurden vom Bundesverband RIAS seltener festgestellt. Dies kann auch eine Reaktion auf die vehemente und breite Kritik sein, die an schoarelativierenden Äußerungen auf den Demonstrationen in öffentlichen Debatten formuliert wurde. Auch die Kommunikation von (anti-semitischen) Verschwörungsmythen fand teilweise in veränderter Form statt: Zwar wurden diese bei vielen Versammlungen nun vermehrt geäußert, es blieb aber öfter beim Zeigen von entsprechenden Symbolen, die auf Mythen wie jenen des Q-Anon hinweisen, oder es wurden Codes und Chiffren benutzt.

Kurz soll noch auf eine Großdemonstration eingegangen werden, die nach dem hier analysierten Zeitraum (17. März bis 17. Juni 2020 für die Analyse des Bundesverbandes RIAS, abweichende Zeiträume für die untenstehenden Berichte der regionalen Meldestellen) stattfand: Am 1. August 2020 mobilisierten mehrere Akteur_innen zu der bis dahin größten bundesweiten rechtsoffenen Versammlung unter dem Titel „Das Ende Pandemie – Der Tag der Freiheit.“ Neben den Hauptakteur_innen „Querdenken 711“

aus Stuttgart und der „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“ (KDW) aus Berlin riefen auch Akteur_innen aus rechtsextremen Spektren zur Teilnahme auf. Welche neue Dynamik diese Versammlung mit Blick auf das bundesweite Demonstrationsgeschehen entfalten wird, bleibt abzuwarten. RIAS Berlin dokumentierte am gesamten Wochenende antisemitische Vorfälle und Ausdrucksformen rund um die Proteste. So trug beispielsweise eine Person ein T-Shirt mit der Aufschrift „FCK Zion“ auf der Vorderseite sowie der Aufforderung, die Protokolle der Weisen von Zion zu lesen, auf der Rückseite.⁸ Bei diesem Dokument handelt es sich um eine antisemitische Fälschung, die eine jüdische Weltverschwörung beweisen soll.

Antisemitische Vorfälle mit Bezug zur Pandemie

In den ersten drei Monaten nach Beginn der ersten Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie, also im Zeitraum vom 17. März – 17. Juni, auf den sich die folgenden Ausführungen beschränken, wurden in etwa so viele antisemitische Vorfälle erfasst wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Waren es 2019 zwischen Mitte März und Mitte Juni 457 antisemitische Vorfälle aus dem gesamten Bundesgebiet, die der Bundesverband RIAS oder die 2019 mit ihm kooperierenden Meldestellen RIAS Bayern, RIAS Brandenburg, RIAS Berlin und Landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Schleswig-Holstein (LIDA-SH) erfassten, waren es ein Jahr später während der Kontaktbeschränkungen 431 antisemitische Vorfälle. Die Zahlen sind schwer vergleichbar, da sich die Arbeit der regionalen Meldestellen im Laufe des Jahres 2019 stark veränderte. Auch ist insbesondere in Bundesländern, in denen es Anfang 2019 keine eigene Meldestelle gab, von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen. Dennoch kann auf Basis dieser Zahlen weder ein deutlicher Anstieg noch ein starker Rückgang antisemitischer Vorfälle während der Covid-19-Pandemie festgestellt werden. Diese Erkenntnis verstärkt sich noch, wenn man bedenkt, dass in den Zahlen von 2020 zum gegenwärtigen Zeitpunkt Nachmeldungen unberücksichtigt bleiben, die einen durchaus relevanten Anteil ausmachen können.

Auffallend ist jedoch, dass sich die Art der antisemitischen Vorfälle 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stark verändert haben. So ging etwa die Zahl der Vorfälle, die

8 <https://www.facebook.com/notes/rias-berlin-recherche-und-informationsstelle-antisemitismus-berlin/versch%C3%B6nungsmythen-und-schoa-bagatellisierung-am-tag-der-freiheit/762516404524041>

sich von Angesicht zu Angesicht ereignet haben, stark zurück: Waren es von Mitte März bis Mitte Juni 2019 noch 110 solcher „Face-to-Face“-Vorfälle, von denen der Bundesverband RIAS oder eine regionale Meldestelle erfuhr, reduzierte sich diese Zahl 2020 auf die Hälfte im Vergleichszeitraum (67 Vorfälle). Damit verbunden ist zum Beispiel, dass in den beschriebenen Monaten – aufgrund der Kontaktbeschränkungen und der Einschränkungen des öffentlichen Lebens wenig überraschend – drei antisemitische Angriffe dokumentiert wurden, im gleichen Vorjahreszeitraum waren es noch dreizehn. Hingegen haben während der ersten Monate der Covid-19-Pandemie Kundgebungen und Demonstrationen mit antisemitischen Äußerungen stark zugenommen: Deren Zahl stieg von 44 im Zeitraum vom 17. März 2019 bis zum 17. Juni 2019 auf 135 in den entsprechenden Wochen des Folgejahres.

Mit 191 Vorfällen hatten 44,3 % aller in den ersten drei Monaten der Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie erfassten antisemitischen Vorfälle einen Bezug zur Pandemie – entweder inhaltlich oder weil es sie ohne die Pandemie wohl nicht gegeben hätte, wie beispielsweise die bereits beschriebenen Zoombombings von jüdischen Gottesdiensten, die aufgrund der Pandemie online übertragen wurden. Hier zeigt sich die große Bedeutung, die die Pandemie für antisemitische Vorfälle während der Kontaktbeschränkungen hatte. Auffallend ist, dass es mit der Zunahme des Protestgeschehens gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in der ersten Maihälfte auch zu einer Zunahme von antisemitischen Vorfällen jenseits von Demonstrationen kam: Die These liegt nahe, dass Personen durch den Erfolg der Demonstrationen dazu motiviert wurden, sich auch jenseits der Demonstrationen antisemitisch zu äußern. So hörte ein Mann, der in Berlin Ende April in einem Supermarkt einkaufen ging und dabei einen Beutel unter anderem mit dem Abbild eines Davidsterns sowie eine Kette mit Davidsternanhänger trug, wie ein ihm unbekannter anderer Kunde zu seiner Begleitung sagte: „Die waren das mit dem Virus.“ Dabei deutete er in Richtung des Mannes. Dem Bundesverband RIAS und den regionalen Meldestellen sind eine Reihe von Vorfällen bekannt geworden, bei denen antisemitische Verschwörungsmythen auch in alltäglichen Situationen – am Arbeitsplatz, beim Einkaufen – und mitunter adressiert an (vermeintliche und tatsächliche) Jüdinnen_Juden geäußert wurden. Mit der Abnahme der Teilnehmer_innenzahlen und der Zahl der Versammlungen in der zweiten Maihälfte geht jedoch auch die Zahl der dem Bundesverband RIAS und den regionalen Meldestellen bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle mit Bezug zur Pandemie deutlich zurück.

Inhaltlich spielen bei den Vorfällen mit Covid-19-Bezug antisemitische Stereotype, die dem modernen Antisemitismus zuzuordnen sind, also Jüdinnen_Juden mit ökonomischer und politischer Macht verbinden, eine ebenso große Rolle wie Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus. Damit unterscheiden sich die während der ersten

drei Monate der Covid-19-Pandemie verwendeten antisemitische Stereotype deutlich vom Vorjahreszeitraum: Antisemitisches Othering und israelbezogener Antisemitismus spielten insbesondere in den Vorfällen mit Coronabezug kaum eine Rolle. Zwar konnten auch in den untersuchten Monaten 2020 die meisten zuordenbaren Fälle dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet werden, dennoch war der Anteil solcher Vorfälle während der Covid-19-Pandemie etwas geringer, während sich die Zahl der Vorfälle, die eindeutig einem verschwörungsideologischen Milieu zugeordnet werden konnten, nahezu verdoppelte.

Fazit

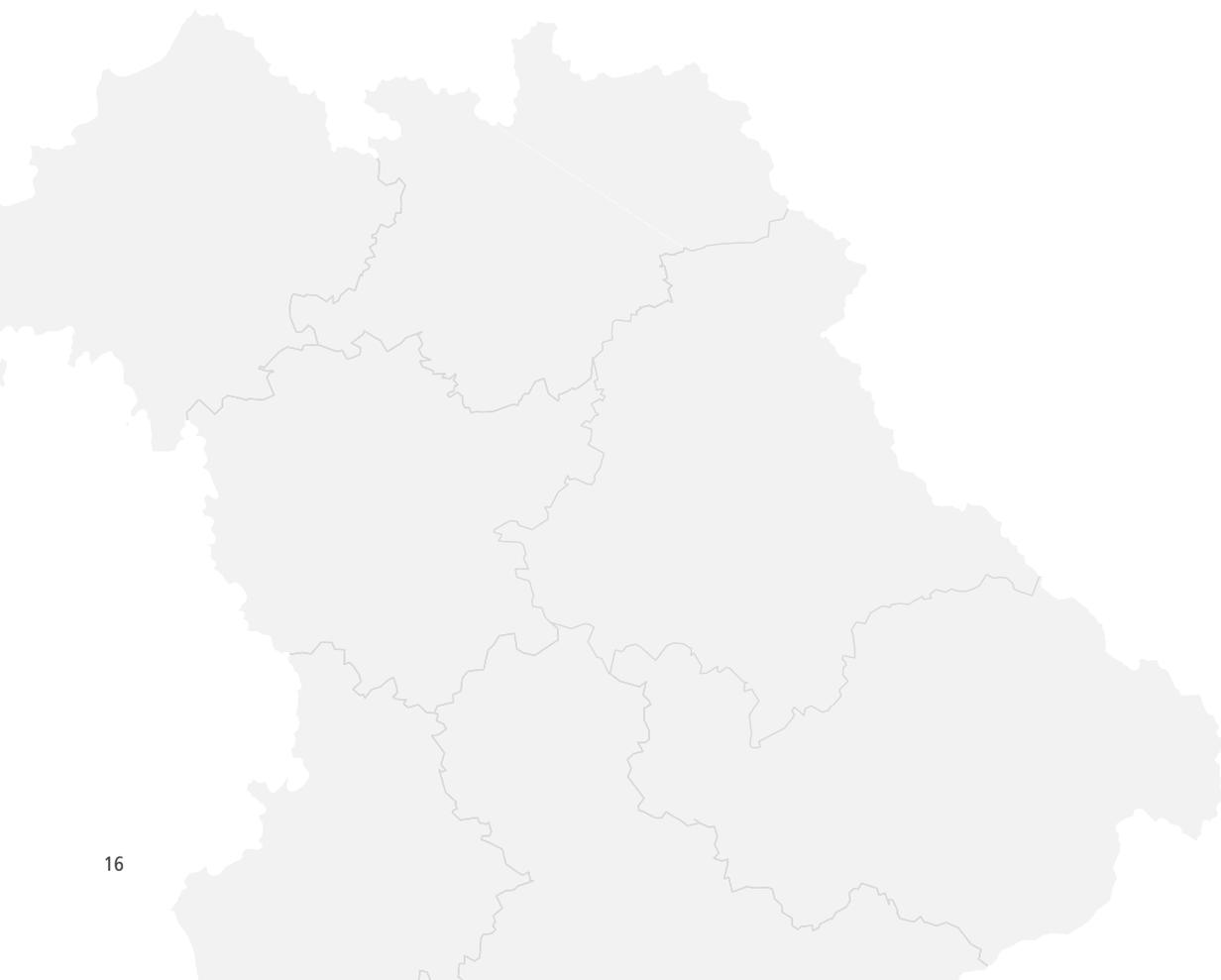
Bei der Covid-19-Pandemie handelt es sich um eine Krise, die insbesondere wegen ihrer gesellschaftlich-politischen Auswirkungen vielen eine Gelegenheit bietet, sich antisemitisch zu äußern. Dies wurde insbesondere im Rahmen der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie deutlich, bei denen auf einer Vielzahl von Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet insbesondere antisemitische Verschwörungsmymen und Schoorelativierungen geäußert wurden. Gleichzeitig haben jedoch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und das zwischenzeitlich stark eingeschränkte öffentliche Leben Möglichkeiten, sich im öffentlichen Raum antisemitisch zu äußern, stark reduziert.

Somit lässt sich auf Basis der dem Bundesverband RIAS bekannten Vorfälle nicht einfach von einer Zunahme antisemitischer Vorfälle während der Covid-19-Pandemie ausgehen. Dennoch entfaltete insbesondere das Protestgeschehen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie schnell eine immense Dynamik, die zu einer Vielzahl antisemitischer Äußerungen im öffentlichen Raum führte. Diese Entwicklungen verweisen auf die Existenz eines relativ großen verschwörungsideologischen Spektrums in Deutschland, das bei passender Gelegenheit auch zeitnah zu mobilisieren ist. Der schnelle Rückgang der Teilnehmer_innenzahlen ab Ende Mai zeigt zugleich, dass die öffentliche Debatte und Kritik an den antisemitischen Äußerungen im Rahmen der Proteste sowie zivilgesellschaftliche Gegenproteste nicht folgenlos blieben. Mit dem Rückgang bei Zahl und Zuspruch der Proteste gingen auch die antisemitischen Vorfälle mit Bezug zur Covid-19-Pandemie zurück.

Bayern

25. April bis 26. Juli 2020

Analyse und Einschätzung von
RIAS Bayern



RIAS Bayern beobachtete zwischen dem 25. April und dem 26. Juli 2020 125 Kundgebungen und Demonstrationen sogenannter „Coronarebellen“ im Freistaat, die sich gegen tatsächliche und vermeintliche staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie richteten.

Bei 48 solcher Versammlungen wurden antisemitische Vorfälle nach RIAS-Kriterien bekannt. Hinzu kommen weitere 11 antisemitische Vorfälle mit Bezug zur Coronakrise, die nicht auf den Versammlungen oder unabhängig vom eigentlichen Inhalt der Versammlung stattfanden, etwa wenn GegendemonstrantInnen antisemitisch angesprochen wurden.

Auf den Versammlungen dominierte der Post-Schoa-Antisemitismus, der in 30 der 48 Fälle zu verzeichnen war, wobei häufig die Schoa verharmlost wurde. So haben sich Teilnehmer_innen der Coronademos in mindestens elf Fällen gelbe Sterne mit Inschriften wie „nicht geimpft“ angeheftet oder etwa behauptet, ein Immunitätsausweis wäre der „Judenstern 2.o.“ Mindestens achtmal wurden Plakate gezeigt, auf denen „Impfen macht frei“, „Heute Maulkorb und morgen Impfen in Dachau?“ oder „Endlösung der Coronafrage: Impfstoff“ zu lesen war. All diese Aussagen verharmlosen die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, indem sich die TrägerInnen an die Stelle der verfolgten Jüdinnen und Juden phantasieren.

In 23 von 48 Fällen (Mehrfachnennung ist hier möglich) wurden auf Versammlungen Stereotype des modernen Antisemitismus geäußert. Dabei wird ‚den Juden‘ eine politische oder ökonomische Übermacht zugeschrieben, etwa wenn auf einem T-Shirt stand: „No Merkel – WHO – Gates – Rothschilds [sic] und Co.“⁹ „Rothschilds und Co.“ ist dabei eine Chiffre für ‚die Juden‘.

9 <http://tiny.cc/27dnqz>

Auch auf zwei Plakaten auf dem „Zur Freiheit“-Festival am 25. Juli in München, an dem ca. 300 Personen teilnahmen, wurde der verschwörungsideologische Aspekt des modernen Antisemitismus deutlich. Dort hieß es unter anderem, es handle sich bei Corona und den Maßnahmen um nichts weniger als einen „Angriff aufs Leben!!“ Die Regierungen seien „gekauft von der Lobby und der Elite“ und folgten „dem Diktat von Bill Gates, George Soros, Rockefeller, Rothschilds, Bilderberger...“ Bill Gates ist seit der Coronakrise ein neues Feindbild in verschwörungsideologischen Kreisen, alle anderen hier genannten sind altbekannte Projektionsflächen für antisemitische Bilder.

Auf einer Versammlung in München am 9. Mai wurde eine Fotomontage gezeigt, auf der Uniformierte Menschen gewaltsam ‚zwangsimpften‘. Das Emblem auf den Uniformen und den Autos der fiktiven Impfeinheit war an einen Davidstern angelehnt und trug die Inschrift „ZION.“ Hierbei kann „ZION“ als Chiffre für ‚der Zionismus‘, Israel oder direkt für ‚die Juden‘ stehen.¹⁰ Der Vorfall stellt somit unter anderem israelbezogenen Antisemitismus dar, der ansonsten auf den Coronademos auch in Bayern selten anzutreffen war.

Bezogen auf die TeilnehmerInnenzahlen erreichten die Coronademos in Bayern Anfang Mai ihren Höhepunkt: In München versammelten sich am 4. Mai über 3000, im Nürnberg am 9. Mai 2000 Personen. Ende Juli nahmen in diesen Städten nur mehr wenige hundert Personen an den Kundgebungen teil.

Während die TeilnehmerInnenzahl sank, stellte RIAS Bayern auf einigen Versammlungen und insbesondere in den Chatgruppen fest, dass der Antisemitismus sich verdichtete. Obwohl das Spektrum der Beteiligten heterogen und auch regional unterschiedlich war, wurde die Beteiligung organisierter rechter Akteur_innen sichtbarer und antisemitische Ideologeme traten vielerorts deutlicher zutage. Viele der präsentierten Inhalte entfernten sich immer weiter von konkreten Fragen des Umgangs mit der Pandemie, immer mehr ging es um Themen, in deren Kontext bereits vor der Coronakrise häufig mehr oder weniger offen antisemitische Verschwörungsmymen verbreitet wurden. Dazu zählten etwa ‚Zinskritik‘, allgemeine ImpfgegnerInnenenschaft, das Feindbild ‚Lügenpresse‘ oder Versatzstücke der ReichsbürgerInnenideologie. Es kursierte die Vorstellung, ‚die Antifa‘ würde vom Staat oder von George Soros, einem jüdischen Milliardär, für Ausschreitungen in den USA bezahlt und würde nun gegen die ‚Coronarebellen‘ eingesetzt: Am 24. Juli sagte etwa ein Redner in Bamberg, „die Antifa“ komme ihm vor „wie die Gestapo von Soros.“ Auch auf die aus den USA stammende sogenannte QAnon-Bewegung

¹⁰ <http://tiny.cc/dfenqz>

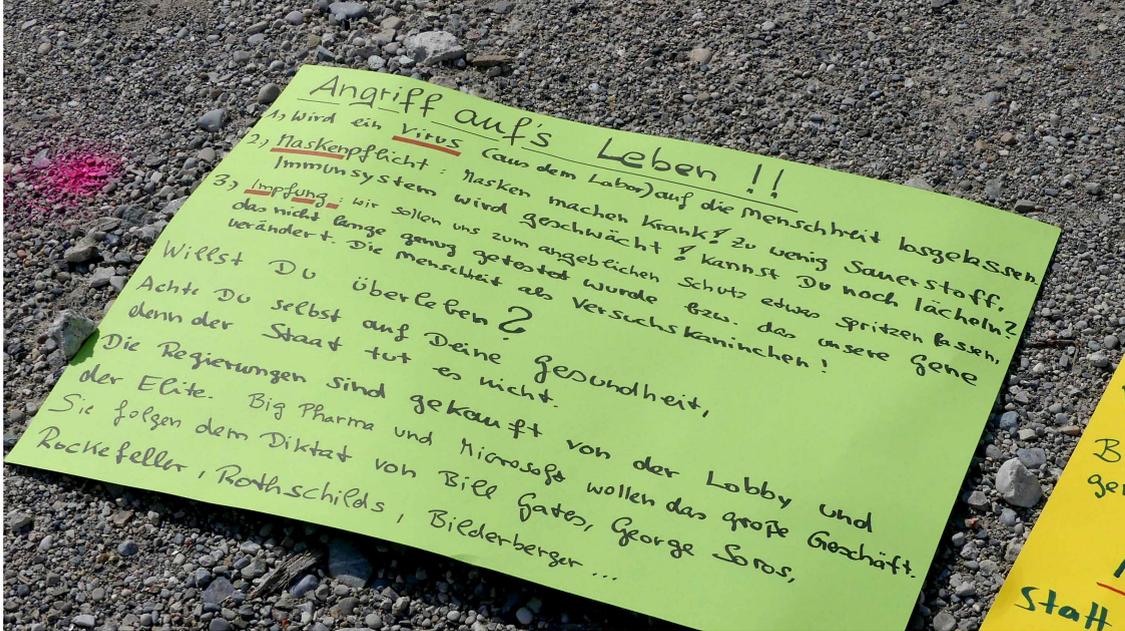


Abbildung 3

Die ‚wahren Schuldigen‘: bekannte antisemitische Feindbilder,
 München, 25. Juli, Foto: Leni Dahm

und die ihr entspringende ‚Adrenochrom‘-Erzählung wurde auf den Veranstaltungen häufig Bezug genommen. Beide sind anschlussfähig für Antisemitismus. Laut QAnon gewinne die (häufig jüdisch konnotierte) ‚Hollywoodelite‘ aus den Körpern entführter und gefolterter Kinder die Verjüngungsdroge Adrenochrom. Dabei handelt es sich um eine moderne Form der Ritualmordlegende: Seit dem Mittelalter kursierte das Gerücht, Jüdinnen und Juden bräuchten ChristInnenblut, insbesondere von Kindern, etwa zum Einbacken in Mazzen, für Zauberei oder zur Heilung ihnen angeborener Leiden.

Darauf bezieht sich auch eines von zwei Liedern, die wiederholt auf Kundgebungen in Bayern gespielt wurden.¹¹ Es hieß darin: „Zwangsreduktion [der Bevölkerung] in Produktion durch die Eliten, gut getarnt, von langer Hand geplant in Satans Riten [...] Mit Epstein trinkt Bill Wein auf einer Insel. Jeff [Epstein] ist perdu, nie mehr Kindermenü für euch Gesindel.“ Im zweiten, noch häufiger gespielten Lied, werden JournalistInnen bezichtigt, sie liehen „nicht mehr die Stimme dem Volk“, sondern seien „die Sprachrohrketten für die Reichsten der Reichen.“ Über diese weiß der Liedermacher: „Seit 200 Jahren sind ihre Namen die gleichen, sie schließen die Wetten

11 Eine ausführliche Analyse beider Lieder findet sich hier: <https://tinyurl.com/y6ryshdk>

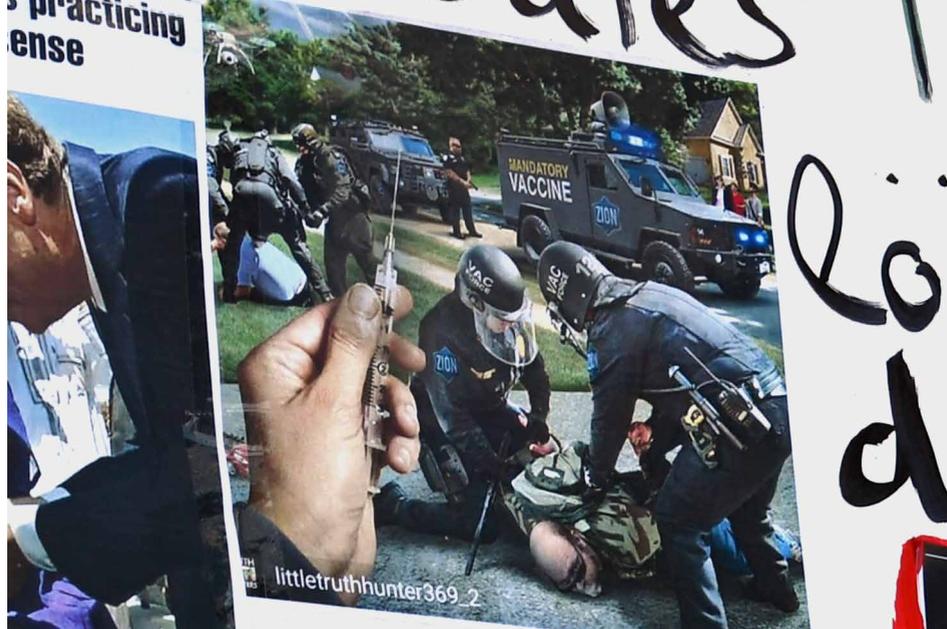


Abbildung 4

Eine „zionistische Zwangsimpfung“ (Ausschnitt eines Plakats), München, 9. Mai, Foto: RIAS Bayern

und sie stellen die Weichen, um Krieg anzuzetteln denn sie leben von Leichen.“ Ohne es aussprechen zu müssen, kann ein Satz wie „seit 200 Jahren sind ihre Namen die gleichen“ alte antisemitischen Bilder von ‚geheimen, jüdischen Eliten‘ evozieren, die tief im kulturellen Gedächtnis verankert sind.

Im Zuge dieser Verdichtung des verschwörungsideologischen Antisemitismus wurde auch die Stimmung gegen PressevertreterInnen und BeobachterInnen der Versammlungen spürbar aggressiver und feindseliger, so wurden sie als „Antifa“ oder „Lügenpresse“ beschimpft. Es wurden Fotos von JournalistInnen verbreitet und in einer Chatgruppe dazu aufgerufen, „Kopfgeld-Plakate“ in der Stadt aufzuhängen. Die Anfeindungen führten in einigen Fällen zu versuchten physischen Angriffen.¹²

Diese Radikalisierung und das steigende Aggressionspotential auf den Versammlungen war nicht verwunderlich: Gerade der verschwörungsideologisch geprägte Antisemitismus wird wesentlich aus der Überzeugung gefüttert, als eine von wenigen Personen eine vermeintliche Wahrheit erkannt zu haben. Mit der Zeit wurden aber viele der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Bayern immer weiter

¹² <https://www.facebook.com/notes/bundesverband-rias-ev/gemeinsames-pressestatement-von-bundesverband-rias-vbrg-und-bundesverband-mobile/287225462683628>

gelockert, die Realität widersprach dem starren, manichäischen Weltbild. Es sollte, weil es nicht von der Wahrnehmung der Welt geprägt war, sondern von vorneherein feststand, umso dringender der Welt mitgeteilt werden. Je weniger Menschen diese ‚Einsichten‘ zu teilen schienen – ein Eindruck, der bei sinkender Beteiligung nahe liegt – desto vehementer musste ‚die Wahrheit‘ verkündet und gegen ihre vermeintlichen UnterdrückerInnen unter Umständen auch gewaltsam vorgegangen werden.

57 der insgesamt 59 antisemitischen Vorfälle mit Coronabezug in Bayern wurden der Kategorie ‚verletzendes Verhalten‘ zugeordnet. Dazu gehörten neben den oben beschriebenen Versammlungen auch Aussagen, die jüdische Personen oder Institutionen gezielt antisemitisch böswillig oder diskriminierend adressierten oder sich schriftlich oder mündlich auch gegen Nicht-Jüdinnen und Nicht-Juden richteten, sowie antisemitische Schmierereien oder Aufkleber an nichtjüdischem Eigentum. Ein Fall im Analysezeitraum wurde als antisemitische Bedrohung bzw. als Massenzuschrift mit antisemitischem Inhalt kategorisiert.

Besonders bedrohlich waren, neben der Regelmäßigkeit mit der antisemitische Inhalte in den letzten Monaten auf Bayerns Straßen propagiert wurden, jene Vorfälle, die sich abseits der Versammlungen abspielten: So wurde etwa ein Spaziergänger als Jude identifiziert und beschuldigt, „die Juden“ seien für das Coronavirus verantwortlich,¹³ Schriften mit antisemitischen Verschwörungsmmythen verteilt¹⁴ oder ein Aufkleber verklebt, auf dem der Virologe Christian Drosten mit dem nationalsozialistischen Arzt und Kriegsverbrecher Josef Mengele gleichgesetzt wurde. In Bayreuth wurde eine Tür der Universität mit den Schriftzügen „Jew World Order“ und „Global Power Grab“ besmieret. Hinter der Glastür befand sich ein Aushang, der über die Coronamaßnahmen der Universität informierte.¹⁵

13 <http://tiny.cc/a4dnqz>

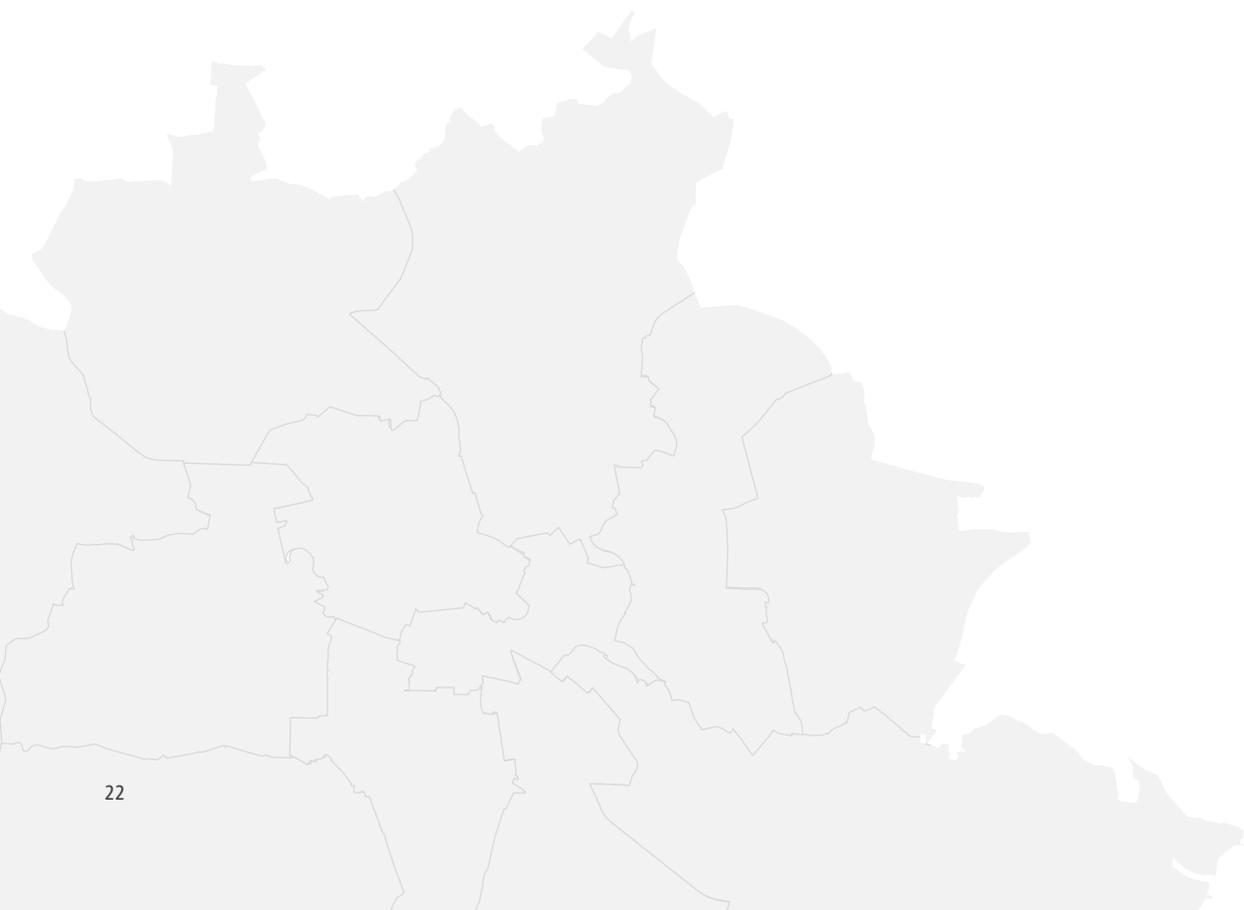
14 <http://tiny.cc/45dnqz>, <http://tiny.cc/v6dnqz>

15 <https://tinyurl.com/y5uk2lu4>

Berlin

15. März bis 16. Juli 2020

Analyse und Einschätzung von
RIAS Berlin



RIAS Berlin erfasste 68 antisemitische Vorfälle in Berlin im Zeitraum vom 15. März bis zum 16. Juli 2020, die einen Bezug zur Coronapandemie aufwiesen. Davon handelte es sich bei 20 Vorfällen um Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wie die sogenannten Hygienesemonstrationen, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam. 13 dieser 20 Vorfälle konnten dem Post-Schoa-Antisemitismus, 13 dem modernen Antisemitismus zugeordnet werden, wobei häufig ein Zusammenhang zu Verschwörungsmythen bestand.

Im angegebenen Zeitraum wurde wöchentlich mindestens ein Vorfall dokumentiert, bei dem es zu antisemitischen Artikulationen im Kontext der Versammlungen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie kam. Bereits in der Konstituierungsphase der Proteste wurden RIAS Berlin antisemitische Äußerungen bekannt, die dem Post-Schoa-Antisemitismus oder dem modernen Antisemitismus zuzuordnen waren: Auch in Berlin waren die Versammlungen von April an durch eine hohe Virulenz von Verschwörungsmythen geprägt. Diese sind zumeist anschlussfähig an antisemitische Welterklärungsmodelle, die Übergänge oft fließend. Daneben wurden antisemitische historische Vergleiche gezogen, die die Schoa bagatellisierten und das Verhältnis von Täter_innen und Opfern umkehrten. So äußerte ein Redner gegenüber der Polizei auf einer Versammlung am 6. Mai: „Würdet ihr die Busfahrer von Auschwitz sein? (...) Ihr macht das Gleiche! Ihr seid Mittäter.“ Schon am 24. April wurden die polizeilichen Maßnahmen mit der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik verglichen: „So funktioniert [sic] Auschwitz und andere Konzentrationslager.“ Am 18. April wie am 2. Mai trug jeweils eine Person eine Armbinde mit einem sogenannten „Judenstern“ mit der Inschrift „Jude“, ein T-Shirt mit „Judenstern“-Graphik und der Inschrift „ungeimpft“ wurde am 16. Mai dokumentiert. Am selben Tag protestierte eine Demonstrantin auf einer anderen Versammlung in der Rosa-Luxemburg-Straße gegen einen „neuen digitalen Holocaust.“ Diese Inszenierungen von Selbstviktimisierung implizieren immer auch antisemitische und schuldabwehrende Konnotationen, insbesondere sind es jedoch verletzendende Vergleiche den eigentlichen Opfern der Schoa, ihren Angehörigen und Nachkommen gegenüber.

Von Beginn an entwickelten sich die Versammlungen mangels Abgrenzung zu einer Plattform für ein rechtes bis rechtsextremes und verschwörungsideologisches Milieu.

Den Kontext dieser antisemitischen Vorfälle und den Ausgangspunkt dieser Entwicklung wie auch der bundesweiten Versammlungen gegen die die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie bildeten die in Berlin stattfindenden sogenannten Hygienesemonstrationen, von denen die erste der dann wöchentlichen Versammlungen am 28. März vor der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz stattfand, unmittelbar nach der am 23. März einsetzenden Kontaktbeschränkungen. Um gegen Grundrechtseinschränkungen zu demonstrieren, hatte unter dem Motto „Nicht ohne uns!“ ein Zusammenschluss mobilisiert, der in Teilen aus der Berliner Kulturszene stammt. Von Beginn an entwickelten sich die Versammlungen allerdings mangels Abgrenzung zu einer Plattform für ein rechtes bis rechtsextremes und verschwörungsideologisches Milieu etwa für Repräsentant_innen ‚alternativer Medien‘ wie Ken Jebsen, das sich als bestimmendes Protestmilieu der Berliner Versammlungen etablierte. Bis Anfang Mai stieg die Teilnehmer_innenzahl kontinuierlich, so dass zum Teil bis zu 500 Personen an den sogenannten Hygienesemonstrationen teilnahmen. Nachdem es am 9. Mai bei einer spontanen Versammlung am Alexanderplatz zu Ausschreitungen gekommen war, an der auch Mitglieder rechtsextremer Parteien wie der NPD teilgenommen hatten, sank die Teilnehmer_innenzahl, weiterhin wurden danach Versammlungen an unterschiedlichen Orten Berlins von unterschiedlichen Akteur_innen organisiert.

Auch auf anderen Versammlungen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wurden RIAS Berlin antisemitische Äußerungen bekannt. Besondere Sichtbarkeit auf den dokumentierten Versammlungen erlangten Verschwörungsmuthe wie der der „New World Order“, eine Art Meta-Verschwörungskonstrukt, und „QAnon“, ein auf anonymen Postings eines angeblichen Informanten um US-Präsident Donald Trump basierender Mythos, der so einem komplexen System von Verschwörungsvorsatzstücken Raum bietet – die Referenz darauf wird oftmals nur durch den Buchstaben „Q“ dargestellt. Verschwörungsmuthe



Abbildung 5

Rechtsoffene Hygienesdemo verlagert sich auf den Alexanderplatz, 19. August 2020, Berlin, Foto: RIAS Berlin

wie diese sind oft anschlussfähig an antisemitische Weltbilder, gleichzeitig in hohem Maße codiert und chiffriert, dennoch wiesen einige Aussagen einen dezidiert antisemitischen Bezug auf Jüdinnen_Juden oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen auf. So nutzen Redner_innen immer wieder Chiffren und Stereotype des modernen Antisemitismus wie beispielsweise „Rothschild“, die „Zionisten“ – Chiffren, die auf das antisemitische Stereotyp einer vermeintlich globalen Finanzelite rekurrieren – und referierten auf antisemitisch konnotierte Feindbilder wie George Soros, so etwa bei einer Rede am 20. Juni: „Die Weltbank wird regiert von den Rothschilds und das sind nun einmal die Zionisten.“

Regelmäßig bemüht einer der zentralen Akteure des Berliner Versammlungsgeschehens zudem antisemitische Geschichtsbilder und -vergleiche, und artikuliert eine aggressive Täter_innen-Opfer-Umkehr, die wiederum im Zusammenhang mit Umbruchfantasien zu sehen ist. So sagte er: „Seit 75 Jahren haben sie unser Land heruntergewirtschaftet, bewusst mit einem diabolischen Plan“, nachdem er Merkel und Kohl als angebliche Angehörige „geheimer Logen“ identifizierte. Distanzierungen etwa von Antisemitismus erschienen im Kontext dieser Versammlungen vor allem als kontinuierliche sprachliche Grenzüberschreitungen und kalkulierte Tabubrüche, um Gewaltandrohungen zu äußern, während dabei eine strafrechtliche relevante Sprache und Aussagen vermieden wurden.

Dieser Akteur war aufgrund zunehmender Entgrenzung im Hinblick auf die Verbreitung von Verschwörungsmethoden sowie antisemitischer und rechtsextremer Inhalte bis hin zu Gewaltphantasien und -androhungen gegenüber Feindbildern und Kritiker_innen in den Fokus gerückt. Diese wurden wöchentlich auf Versammlungen propagiert und darüber hinaus täglich über den Telegramkanal verbreitet. Wegen Ermittlungen gegen ihn, unter anderem wegen Volksverhetzung nach § 130 StGB, wurden die von ihm angemeldeten Versammlungen seit dem 23. Juli von der Berliner Versammlungsbehörde verboten.

Neben diesen Versammlungen, die auch medial im Fokus stehen, dokumentierte RIAS Berlin auch andere Versammlungen mit antisemitischen Ausdrucksformen aus dem verschwörungsideologischen und rechtsextremen Spektrum: Auf einer Reichsbürger_innenkundgebung am 13. Juni etwa wurden Journalist_innen, als „Zionisten“ und „Satanisten“ bezeichnet, um sie als Feindbilder zu markieren. Auf einer Kundgebung am Bundestag sagte ein Redner aus dem Reichsbürger_innenmilieu zudem: „Im Deutschen Reich gab es keine Chasaren, keine Zionisten, keine Satanisten, keine Freimaurer, keine Jesuiten und alle die, die uns vernichten wollen.“ Solche Codes und Chiffren sind historisch und gesellschaftlich tradiert, so dass ihr antisemitischer Gehalt unmissverständlich kommuniziert werden kann.

Neben den Versammlungen mit antisemitischen Ausdrucksformen wurden RIAS Berlin 47 weitere antisemitische Vorfälle mit Corona-Bezug bekannt. In 16 dieser Vorfälle wurden Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus, in 36 des modernen Antisemitismus verwendet - häufig in Form von Verschwörungsmethoden. In sieben Vorfällen wurden Äußerungen außerdem dem Antijudaismus und in 13 dem antisemitischen Othering zugeordnet (Mehrfachzuordnungen waren möglich).

Diese Vorfälle ereigneten sich zum einen online: 15 Massenzuschriften wurden RIAS Berlin bekannt, in denen Antisemitismus verbreitet wurde. Bei vier Vorfällen handelte es sich um Störungen von Onlineveranstaltungen von jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Organisationen, umgangssprachlich auch als „Zoombombings“ bezeichnet. Dabei wurden Gedenkveranstaltungen, etwa mit einer Schoaüberlebenden und ein Gottesdienst gestört und antisemitische Äußerungen und Beschimpfungen, überwiegend mit rechtsextremen Bezügen, artikuliert und gepostet. Durch die Verlagerung in den digitalen Raum wurden die Zugangsbeschränkungen zu solchen Veranstaltungen, die sonst regelmäßig in besonders geschützten Räumen stattfinden, kurzfristig gelockert. Dass die dadurch entstandenen „Sicherheitslücken“ unmittelbar genutzt wurden, kann einerseits auf die rasche Anpassungsfähigkeit antisemitischer Ausdrucksformen verweisen und auf eine Verschiebung antisemitischer Vorfälle in den digitalen Raum.



Abbildung 6

Schoa-Bagatellisierungen in Berlin: Auf Postern werden Corona-Maßnahmen mit der antisemitischen Politik des Nationalsozialismus verglichen, 6. Mai 2020, Berlin-Friedrichshain, Foto: RIAS Berlin

Doch auch im Stadtbild wurden antisemitische Äußerungen sichtbar. So wurde in Moabit ein Busfahrplan mit „Corona = Lüge für -> Bill Gates Oberjude“ beschmiert und in Friedrichshain wurden fünf Plakate entdeckt, auf denen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie mit der antisemitischen Politik im Nationalsozialismus verglichen wurden. Auf drei Plakaten waren historische Fotos von Jüdinnen_Juden mit sogenannter „Judenstern“ zu sehen. Ein weiteres Plakat zeigte eine Frau im Supermarkt, die eine Armbinde und einen Mundschutz mit einem Davidstern trug. Auf den vier Plakaten war jeweils „Fuck the face masks. 1939 was the last time they told us what to wear“ zu lesen. Auch auf dem fünften Plakat wurde sich verharmlosender historischer Vergleiche bedient. Dort war der Text „What the fuck is going on? First, the German government says citizens are dirty and diseased. Next, they dictate dresscode in shops. Does this sound familiar? Did we forget history?“ abgedruckt.

Darüber hinaus berichteten Betroffene, dass sie an Orten von Alltagsbegegnungen antisemitischen Beschimpfungen ausgesetzt waren. Ein Paar wurde beispielsweise beim Spaziergang für die Coronapandemie verantwortlich gemacht: „Schämt ihr euch, was ihr veranstaltet habt, ihr Juden!“ Antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen können durchaus gravierend sein, insbesondere wenn sie im eigenen Nahbereich passieren. Gleichzeitig können Befürchtungen bestärkt werden, künftig mehr Anfeindungen ausgesetzt zu sein.

Brandenburg

1. April bis 1. August 2020

Monitoringbericht von
RIAS Brandenburg



Im Zeitraum vom 1. April bis zum 1. August 2020 erfasste RIAS Brandenburg 14 Vorfälle in Brandenburg mit Bezug zur Coronapandemie. Dabei handelte es sich in allen Fällen um „verletzendes Verhalten“, von denen sieben im Kontext von sogenannten HygienesDemonstrationen sichtbar geworden sind. Zwölf der Vorfälle wiesen Stereotype und Erzählungen des modernen Antisemitismus auf, also Äußerungen in denen Jüdinnen_Juden mit ökonomischer und politischer Macht verbunden werden. Drei dieser Vorfälle traten in Kombination mit Post-Schoa-Antisemitismus auf und jeweils ein Vorfall mit antisemitischem Othering und israelbezogenem Antisemitismus. Ein Fall wies Ausprägungen von modernem Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus wie auch Othering in Kombination auf. Im Vergleich: für das gesamte Jahr 2019 erfasst RIAS Brandenburg zehn Vorfälle, die Stereotype des modernen Antisemitismus aufwiesen. Es zeichnet sich ab, dass bedingt durch die Coronapandemie Vorfälle mit Bezügen des modernen Antisemitismus auch in Brandenburg eine Konjunktur erleben.

Zwei der bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle fanden online statt und wurden zu einem früheren Zeitpunkt der Pandemieentwicklung erfasst. So wurde beispielsweise ein Vorfall gemeldet, bei dem Ende März ein verschwörungsideologisches Video mit antisemitischen Bezügen über einen E-Mail-Verteiler einer Kultureinrichtung in Brandenburg verbreitet wurde. Als der_die Betroffene_r auf den antisemitischen Gehalt aufmerksam machte, reagierten viele andere Mitglieder des Verteilers mit Unverständnis oder sogar Ablehnung. Das Benennen des Antisemitismus führte teilweise auch zu einer Welle von Solidarität mit der Person, die das Video gepostet hatte.

Zwölf Vorfälle ereignete sich dagegen „Face-to-Face“ im öffentlichen Raum, darunter auf offener Straße, in öffentlichen Grünanlagen und um öffentliche Verkehrsmittel bzw. Bahnhöfe. Bei drei Vorfällen handelte es sich um Schmierereien oder Plakaten bzw. Aufkleber im öffentlichen Raum. 6 der 14 Vorfälle fanden in der Landeshauptstadt Potsdam statt.

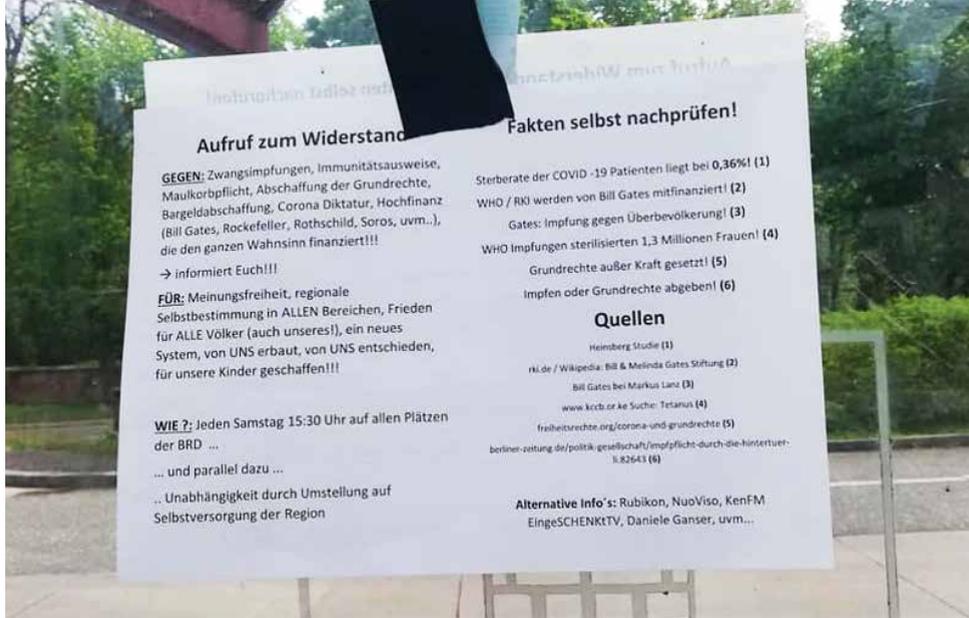


Abbildung 7

Mehrfach am Busbahnhof in Bad Belzig verklebtes Plakat,
8. Mai 2020, Bad Belzig, Foto: badbelzigrechtsaussen

Antisemitische Vorfälle im Rahmen der Corona-Versammlungen

Die Hälfte der von RIAS Brandenburg erfassten Vorfälle mit Coronabezug wurden im Rahmen von Versammlungen im öffentlichen Raum dokumentiert, auch wenn auf deutlich mehr Versammlungen Verschwörungsdenken sichtbar geworden ist. Auch in Brandenburg wurden die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie als Indizien einer größeren Verschwörung gesehen, so weitgehend, dass die Existenz des Covid-19-Virus geleugnet wurde. Oft wurde dabei ein vermeintlicher Eingriff in die Grundrechte postuliert, in wenigen drastischen Fällen wurden Parallelen zu Repressionsmaßnahmen des Nationalsozialismus und des DDR-Regimes gezogen. In einem Fall kam es zu einer NS-Verharmlosung:

Bei einer Kundgebung in Cottbus zeigte ein Teilnehmer am 5. Mai ein Schild mit einem sogenannten „Judenstern“, in dem „ungeimpft“ stand. Er betrieb damit eine Form von Selbstviktimsierung, indem er Impfungen mit der Verfolgung von Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus gleichsetzte.

Bei dem Vorfall nahm die Polizei Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung auf. Laut Medienberichten soll die Staatsanwaltschaft den Anfangsverdacht einer Straftat nicht bestätigt und das Verfahren eingestellt haben.

Bei weiteren Veranstaltungen in Cottbus am 18. Mai, in Müncheberg am 23. Mai und in Potsdam am 30. Mai wurden Maßnahmen gegen die Coronapandemie mit Repressionsmaßnahmen im Nationalsozialismus gegen Jüdinnen_Juden gleichgesetzt. In allen drei Fällen zogen die Redner_innen Analogien zur Markierung von Jüdinnen_Juden.

Versammlungsgeschehen in Brandenburg

Seit Mitte April wurden RIAS Brandenburg knapp 250 angemeldete und unangemeldete Versammlungen und Veranstaltungen aus rechtsextremen und verschwörungsideologischen Milieus bekannt, die sich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie richteten sowie Aktionen, die einen Coronabezug aufwiesen (Stand: 30. Juli 2020). Die meisten Versammlungen wurden in einschlägigen verschwörungsideologischen Telegramgruppen und auf Webseiten angekündigt. In sieben Fällen wurden Vorfälle im Sinne der RIAS-Kategorien dokumentiert, auch wenn auf anderen Versammlungen anderweitige Verschwörungserzählungen beobachtet werden konnten. Die ermittelte Zahl bildet zudem nicht den gesamten Umfang des aktuellen Versammlungsgeschehens mit Bezug auf die Coronapandemie ab. Zum einen konnte in einem Drittel der Fälle nicht nachvollzogen werden, ob die angekündigten Versammlungen tatsächlich stattfanden. Zum anderen fanden diverse Versammlungen mit Coronabezug statt, die nicht in einschlägigen Kanälen beworben wurden und keinen Bezug zu verschwörungsideologischen Milieus aufwiesen. Laut einer Anfrage der Landtagsabgeordneten Andreas Büttner und Andrea Johlinge der Partei DIE LINKE (Drucksache 7/00000) registrierten die Brandenburger Polizeidirektionen zwischen dem 24. April und 30. Mai 172 Straßenversammlungen mit Coronabezug.

Mit den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie begannen die ersten Versammlungen in Brandenburg ab Mitte April und hatten ihren Höhepunkt Mitte Mai mit stetig rückläufiger Tendenz in der Häufigkeit der Veranstaltungen und der Teilnehmendenzahl. Die meisten Versammlungen fanden in der Landeshauptstadt Potsdam (45), in Cottbus (24) und Luckenwalde (20) statt,

die meisten Teilnehmenden hatten ebenfalls Cottbus (200), Potsdam (bis zu 150) sowie Fürstenwalde (knapp 300) zu vermelden. Besonders anschlussfähig waren die Versammlungen an rechtsextreme und rechtspopulistische Spektren, Neonazis nahmen unter anderem an den Versammlungen in Cottbus, Luckenwalde, Jüterbog, Oranienburg und Prenzlau teil. Nur in wenigen Fällen fand eine Abgrenzung zu diesen Akteur_innen statt. Unter anderem in Cottbus und Rathenow demonstrierten von den in rechtsextremen Spektren verorteten Versammlungen separiert auch andere Protestmilieus. In Potsdam fanden die Versammlungen kaum Anschluss im rechts-extremen Spektrum – hier versammeln sich Heilpraktiker_innen, Impfgegner_innen, Verschwörungsgläubige sowie Anhänger_innen des linken, globalisierungskritischen Milieus um die Friedensmahnwachen. Es handelte sich um einen Ableger der „Nicht ohne uns!“-Bewegung um die Berliner „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“ (KDW). In Cottbus schloss ein großer Teil der Proteste an die Demonstrationskampagne um die AfD und den Verein „Zukunft Heimat“ an, die mit Unterstützung von Pegida Dresden unter dem Namen „Bürger für Bürgerrechte“ agierten. Daneben gab es in Cottbus zehn Versammlungen, sogenannte „Summphonien“, die von Waldorflehrer_innen organisiert wurden, die sich ebenfalls in der „Nicht ohne uns!“-Bewegung verorten. Etwa ein Viertel aller Veranstaltungen in Brandenburg wurden durch die AfD organisiert.

Eine Verstetigung des Protests fand nur vereinzelt statt. Während zum Beginn der Proteste unterschiedliche Milieus zusammen kamen, ist es nun die AfD, die Corona zum Anlass nimmt Versammlungen abzuhalten um für ihre Zwecke gegen Migrant_innen, die Presse und die Bundesregierung mobil zu machen. Vorläufig scheinen die sogenannten HygienesDemonstrationen in Brandenburg ein Ende gefunden zu haben.

Hannover

1. Mai bis 30. Juni 2020

Monitoringbericht der **Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover**



In Hannover fanden wie in vielen Städten in Deutschland in den vergangenen Monaten Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie statt. In diesem Zusammenhang wurden auch in der niedersächsischen Landeshauptstadt Verschwörungsmethoden bedient und antisemitische Inhalte verbreitet.

Die Hannoveraner Gruppen und ihre Aktionsformen

Trotz der überschaubaren Bevölkerungszahl entwickelte sich in Hannover eine heterogene Protestbewegung gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie. In ihr versuchten verschiedene Gruppen den Protest in unterschiedlichsten Formen zu organisieren. So fanden Kundgebungen, Demonstrationen, Autokorsos und Balkonkonzerte mit bis zu 500 Personen statt.¹⁶ Diese Zahl sank jedoch bereits bis Ende Juni auf wenige Dutzend.

Die Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover beobachtete von Anfang Mai bis Ende Juni insgesamt 13 solcher Veranstaltungen in Hannover: Acht der Kundgebungen und Aktionen der Gruppe „Wir wachen auf Hannover“, zwei Veranstaltungen unter dem Titel „Corona-Diktatur Nein Danke!“ und drei Demonstrationen der Gruppe „Walk to Freedom“. Die letzte Gruppe ist aus einer Spaltung des Bündnisses „Wir wachen auf Hannover“ nach dem 6. Juni hervorgegangen. Das Organisationsteam um „Corona-Diktatur Nein Danke!“ verkündete überraschenderweise nach der zweiten Veranstaltung, keine weiteren Versammlungen zu organisieren.

¹⁶ Den Bewohner_innen eines Seniorenheims wurden hierbei ohne Rücksicht auf ihre besondere Gefährdung Blumen überreicht.

Sechs der Veranstaltungen wurden nach RIAS-Kriterien als antisemitische Vorfälle erfasst. Außerdem wurde ein weiterer antisemitischer Vorfall mit Bezug zur Coronakrise bekannt, der nicht auf einer Versammlung stattfand. Vier Vorfälle auf den beobachteten Veranstaltungen lassen sich dabei dem Post-Schoa-Antisemitismus zurechnen, auf zwei Veranstaltungen wurden Inhalte des modernen Antisemitismus geäußert und jeweils einmal wurden Stereotype des Antijudaismus und des israel-bezogenen Antisemitismus verwendet (Mehrfachnennungen sind möglich).

Eine Auswahl von Schoarelativierungen und Verschwörungsmysmen bei Hannoveraner Versammlungen

Die Veranstaltungen waren von Beginn an in hohem Maß von Verschwörungserzählungen geprägt, nur wenige Beiträge allerdings wurden explizit antisemitisch. Häufig wurden auf den ersten Blick nicht als jüdisch konnotierte Chiffren verwendet, mit denen angebliche „Verschwörer“ gekennzeichnet werden.

Ein Paradebeispiel für eine derart chiffrierte Erzählung mit Elementen des modernen Antisemitismus ist der Inhalt eines am 23. Mai auf der Veranstaltung von „Wir wachen auf Hannover“ vorgetragenen Rap-Text. In diesem wird eine Gruppe von Verschwörer_innen – die „Illuminati Weltmacht“, „Bill Gates, WHO, Pharmalobbyinteressen“ – gemäß einer regressiven Kapitalismuskritik nach welcher ihre Interessen auf „Gier nach Profit“ basieren für alle Übel der Welt verantwortlich gemacht: „Sklaverei, Menschenhandelkartell“, „Neokolonial(ismus)“ und eine angebliche „Bewusstseinskontrolle“ durch „das Impfen“. Diese mächtige Gruppe kontrolliere angeblich die „Staatsmedien“, die „Pharmaindustrie“ und „Wirtschaftsinteressen.“ In diesem Kontext stand auch ein Zettel, auf dem ein Demonstrant am 9. Mai bei „Wir wachen auf Hannover“ anprangerte, dass das kollektive „Wir“ durch die „Mainstream-Medien hypnotisiert, manipuliert + sowieso desinformiert“ werde. „Die Polizisten“ erklärt der Schreiber zu „Marionetten von Drahtziehern wie Bill Gates.“

Begleitet wurden diese dichotomen Erzählungen von Gut und Böse durch zahlreiche religiöse Elemente in Redebeiträgen oder Plakaten. In einem musikalischen Beitrag am 30. Mai wurde bei „Wir wachen auf Hannover“ deutlich, wie nah an antijudaistischen Motiven diese Erzählungen sind. Der Interpret erklärte singend: „Jeder weiß, dass Judas ein Verräter war.“

Gleichsetzungen aktueller staatlicher Maßnahmen mit jenen des Nationalsozialismus, die mit einer Relativierung der Schoa einhergehen, werden dem



Abbildung 8

Schoarelativierung und Selbstviktimsierung einer Demonstrantin in Hannover, 16. Mai 2020, Hannover, Foto: Felix Dressler

Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet. Sichtbar wurde eine solche Relativierung in mindestens zwei Fällen, in denen Demonstrant_innen einen sogenannten Judenstern mit dem Zusatz „ungeimpft“ trugen. Hierzu passt der am 23. Mai in einem Redebeitrag bei „Wir wachen auf Hannover“ formulierte Vorwurf, die „Impfmafia“ setze heute die Tradition von „Dr. Mengele“ fort. Bereits am 2. Mai versuchte eine Rednerin am Maschsee die Schrecken der Schoa dazu zu instrumentalisieren, die eigene Position unangreifbar zu machen und sich selbst zu viktimsieren: „Der nächste Holocaust wird an Verschwörungstheoretikern stattfinden.“

Am Rande einer Kundgebung von „Wir wachen auf Hannover“ am 30. Juni wurden antiisraelische Parolen gebrüllt, die dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind. Sätze wie „Retten wir die Semiten in Gaza“ und „Nie wieder Antisemitismus gegen Palästinenser“ stellten den Versuch der Verschwörungsideolog_innen dar, der Kritik an von ihnen geäußertem Antisemitismus zu begegnen. Gleichzeitig wurde versucht, den Begriff des Antisemitismus von Jüdinnen_Juden zu lösen und auf deren angebliche heutige Opfer, die als „semitisch“ bezeichneten Palästinenser_innen, zu transformieren. Diese Aussagen enthalten eine Täter_innen-Opfer-Umkehr, die Israel als jüdischen Staat zum vermeintlich wahren antisemitischen Aggressor umdeutet.

Der antisemitische Gehalt vieler Verschwörungsmythen, der auf den Kundgebungen nur relativ versteckt geäußert wurde, offenbarte sich in den Telegramgruppen der Veranstaltungen unverschleierte. Da sich diese antisemitischen Inhalte jedoch online

artikulierten und nicht explizit an bestimmte Personen adressiert waren, stellen sie keine antisemitischen Vorfälle nach RIAS-Kriterien dar. Sie zeigen jedoch das antisemitische Potential einiger Teilnehmer_innen der Veranstaltungen und dienen an dieser Stelle der Illustration.

Neben zahlreichen Relativierungen und Verherrlichungen des Nationalsozialismus wurden Aussagen dokumentiert, die eine von „den Zionisten“ herbeigeführte angebliche Weltverschwörung thematisierten. Gemäß des klassischen antisemitischen Bildes, nach dem Jüdinnen_Juden als Kollektiv die eigentlichen „Strippenzieher“ hinter allen auch antagonistischen Ideologien und Systemen seien, erklärte ein Mitglied in der Gruppe „Corona Rebellen Hannover“: „‘Die bösen Deutschen‘ bekämpften die volle Macht der Zionisten ZWEI Mal, um Europa vor dem Zentralbankwesen (Schuldsklaverei) und dem Kommunismus zu retten, indem sie versuchten, uns alle zu versklaven und die NWO durchzusetzen.“ Hier wurde die Schoa zu einem positiven Akt der Verteidigung erklärt, der „die Zionisten“ an der Verwirklichung ihres vermeintlichen Planes hindern sollte, eine „Weltregierung“ „(m)it der Hauptstadt Jerusalem und Israel als unseren Herren“ durchzusetzen. Das „Zionisten“ nur ein Code für Jüdinnen_Juden ist wird im Chat ebenfalls deutlich: „Jeder Jude (fast jeder) ist Zionist.“

Gerechtfertigt wurden solche Aussagen im „Walk to Freedom Chat“ mit vermeintlichen Zitaten von Jüdinnen_Juden in biblischer Diktion „Den besten Gojim (Nichtjuden) sollst du töten“ und mit Verweisen auf bekannte Antisemit_innen und Schoaleugner_innen wie David Irving, dem ein „heldenhafte(r) Mut“ bescheinigt wurde.

Die Teilnehmer_innen und Redner_innen der Veranstaltungen

Trotz des bemüht nach Außen getragenen „friedensbewegten“ Images nahmen an den Veranstaltungen immer wieder Mitglieder rechtsextremer Organisationen und Parteien teil. So waren neben einem mehrheitlich esoterischen, alternativen Milieu auch Personen anwesend, die der NPD, der Jungen Alternative, der AfD und einem rechten Rocker-Milieu zugerechnet werden können. Am 13. Juni griff zudem ein Teilnehmer des „Walk to Freedom“ einen Pressevertreter tötlich an.

Auf der Bühne konnten Größen des verschwörungsideologischen Milieus ihre Thesen verbreiten: Etwa sprach am 9. Mai auf der Bühne von „Corona-Diktatur Nein Danke!“ Jo Konrad. Konrad war mit Aussagen über den angeblichen „Einfluss von Juden auf

ihre Wirtsländer“ in die Kritik geraten.¹⁷ Auf den Demonstrationen von „Walk to Freedom“ konnte ein selbsterklärter rechter Bürgerrechtler, der auf seinem Blog immer wieder den Hannoveraner Ableger von Chabad in antisemitischer Manier angreift, mehrfach seine Verschwörungsmythen ungehindert verbreiten. Hierzu passt, dass während eines Musikbeitrags am 23. Mai Zitate von David Icke eingespielt wurden. Der ehemalige britische Fußballprofi ist in der Vergangenheit durch antisemitische Äußerungen aufgefallen.

Ins Auge fiel zudem, dass mehrere Teilnehmende und Ordner_innen bei „Wir wachen auf Hannover“ T-Shirts mit dem Logo des Verschwörungsideologen Heiko Schrang trugen. Zahlreiche Teilnehmer_innen trugen ebenfalls verschwörungsideologische Symbole wie Q-Anon-Schriftzüge.

Fazit

Auf den Demonstrationen in Hannover wurde deutlich, dass viele der Anwesenden vor allem der Glaube eint, sie würden von einer mehr oder weniger spezifischen Gruppe betrogen und manipuliert. Hinter politischen und gesellschaftlichen Ereignissen lenkten angeblich andere, im verborgenen agierende ‚Eliten‘ die Geschicke der Welt mit dem Ziel, einen eigennützigen Plan zu verwirklichen. Ein solch manichäisches Weltbild ist in hohem Maße anschlussfähig an antisemitische Verschwörungsmythen, da im Laufe der Jahrhunderte Jüdinnen_Juden immer wieder als eben diese „Strippenzieher“ denunziert wurden die alles, sowohl die Medien, „die Banken“ als auch die Exekutive kontrollierten. So ist es nicht verwunderlich, dass im Zuge der Kundgebungen und Demonstrationen, die im Kern alle das Virus bzw. die Maßnahmen dagegen als geplante Verschwörung betrachteten, auch in Hannover Motive und Aussagen dokumentiert wurden, die an antisemitische Stereotype anknüpften – zumeist ohne explizit von Jüdinnen_Juden zu sprechen. Diese Motive transportieren trotz ihrer Chiffrierung Antisemitismus. Der Blick in die entsprechenden Telegramgruppen oder Aktivitäten bekannter Redner_innen macht zudem deutlich, dass sich die Akteur_innen auf und vor der Bühne in Bezug auf ihre Feindbilder einig sind.

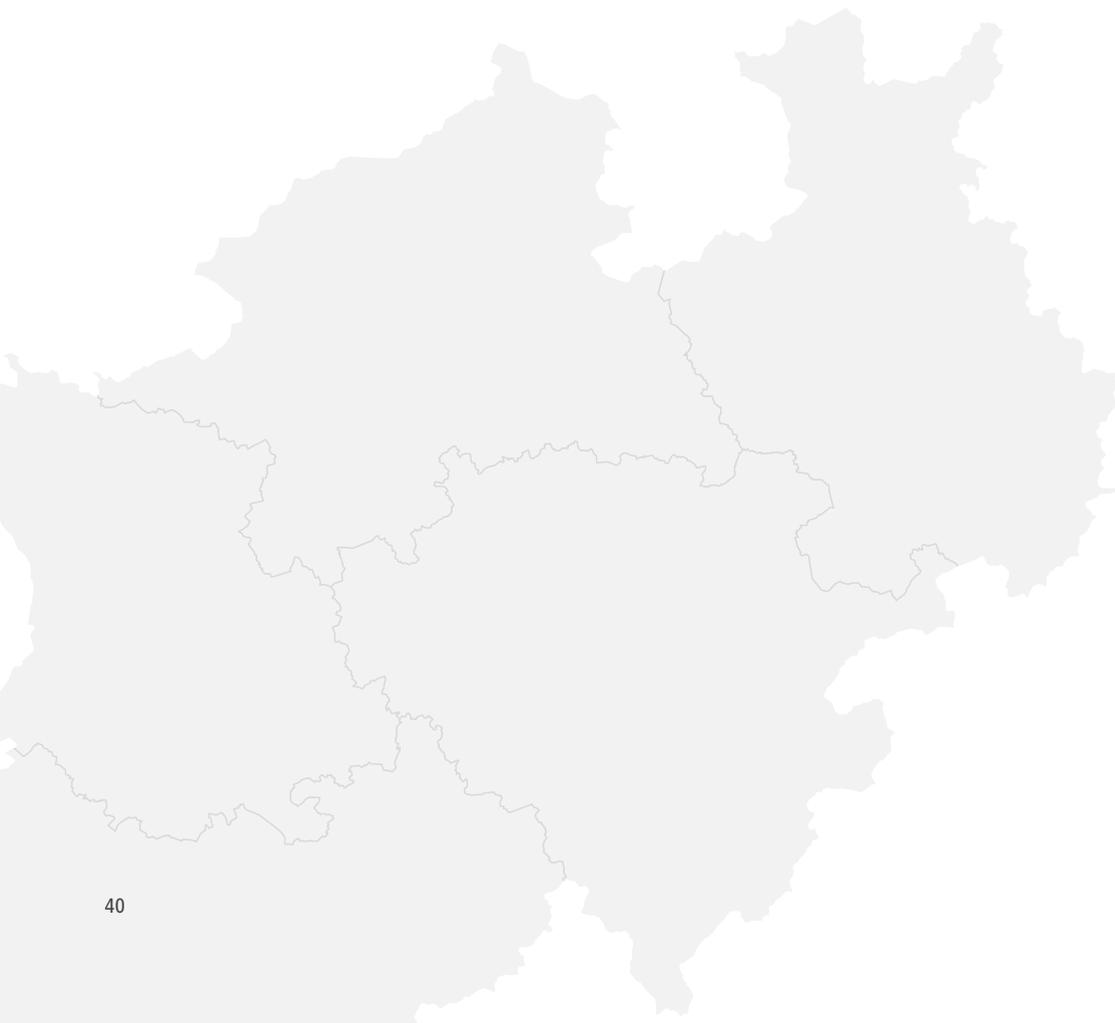
Die Proteste zeigten, wie gerade in Krisenzeiten auch in Hannover das Bedürfnis wuchs, für komplizierte Verhältnisse einfache Erklärungen, genauer Schuldige zu finden. Um dieses Bedürfnis zu befriedigen wurden alte antisemitische Erzählungen teils in neuer Couleur, teils ganz offen artikuliert.

17 Vgl. Conrad, Jo: „Entwirrungen“, S. 60

Nordrhein-Westfalen

17. März bis 18. Juli 2020

Analyse und Einschätzung von
SABRA Düsseldorf



Bevor im Folgenden auf antisemitische Vorkommnisse im Kontext sogenannter Hygienedemonstrationen oder auch Coronaproteste in Nordrhein-Westfalen eingegangen wird, muss das methodische Vorgehen bei der Erschließung der Datengrundlage erläutert und mit der Organisationsstruktur von SABRA kontextualisiert werden.

Da SABRA zwar bereits eine niedrigschwellige Meldemöglichkeit für antisemitische Vorfälle anbietet, jedoch noch nicht als umfassende Meldestelle im Sinne der Anforderungen des Bundesverbands RIAS arbeiten kann, basiert der vorliegende Bericht zum überwiegenden Teil auf gezielter Rechercharbeit, die keine erschöpfende, landesweite Auswertung aller Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie, sondern vielmehr einen exemplarischen Einblick in die Aktivitäten in Dortmund, Düsseldorf, Köln und dem Raum Aachen im Zeitraum vom 17. März bis einschließlich 18. Juli 2020 gibt.

Vorfälle Düsseldorf

Im Raum Düsseldorf dokumentierte SABRA drei Versammlungen, auf denen antisemitische Äußerungen getätigt wurden. Sie werden im Sinne der RIAS-Kategorien als „verletzendes Verhalten“ erfasst. In den Telegramgruppen, die zur Organisation und Koordination der Proteste genutzt wurden, hat SABRA weitere antisemitische Äußerungen festgestellt. Bei den Vorfällen auf den Versammlungen handelte es sich in zwei Fällen um Post-Schoa-Antisemitismus. Konkret ging es hierbei zum einen um einen Redebeitrag des Oberbürgermeisterkandidaten der AfD, Florian Josef Hoffman, vom 20. Juni, der die durch die Versammlungsbehörde getroffenen Maßnahmen zum Infektionsschutz mit der NS-Bürokratie und deren Rolle in der Schoa verglich. Im anderen Fall handelte es sich um eine Kombination aus einem sogenannten



Abbildung 9

Schoarelativierung auf dem Regenschirm einer Demonstrantin,

27. Juni 2020, Düsseldorf, Foto: Dennis Pesch

„Judenstern“ und der Aufschrift „nicht geimpft“ auf dem Regenschirm eines Demonstrationsteilnehmers. Diese Darstellung wurde erstmals am 27. Juni dokumentiert und in der Folge wiederholt bei Versammlungen in Düsseldorf gezeigt. Ein Vorfall im Rahmen einer Demonstration ließ sich als moderner Antisemitismus klassifizieren. Auf das T-Shirt eines Demonstrationsteilnehmers war die Abkürzung „JDN LGN“ im Stil des Logos der Hiphop-Gruppe Run DMC gedruckt. Bei dieser häufig genutzten Art der Gestaltung wird durch Weglassen der Vokale ein Name oder eine Aussage abgekürzt wiedergegeben, in diesem Fall ist die Aufschrift als „Juden lügen“ bzw. „Judenlügen“ zu verstehen und transportiert somit klassische antisemitische Denkmuster.

Auch in der Telegramgruppe wurden wiederholt antisemitische Äußerungen festgestellt. So kam es z.B. zu Fällen von Schoarelativierungen, als zwei User in ihrem Profilbild eine Kombination aus sogenanntem „Judenstern“ und der Aufschrift „nicht geimpft“ bzw. „Verschwörungstheoretiker“ präsentierten.

Im Vorfeld der Protestveranstaltung am 16. Mai wurde in der Telegramgruppe zur Verdeckung des Gesichts mit Schal oder Maske aufgerufen, um sich vor einer vermeintlichen Gesichtserkennung durch die Regierung bzw. deren „Hintermänner“ zu schützen, wobei letztere durch die Schreibweise mit drei Klammern vor und hinter der Bezeichnung entsprechend einer im Internet häufig genutzten Schreibweise als jüdisch markiert wurden. Die hiermit zum Ausdruck kommende Verschwörungspanthasie stellt eine Form des modernen Antisemitismus dar.

Am 15. Mai verbreitete ein User die ebenfalls dem modernen Antisemitismus zuzuordnenden Falschaussagen, dass der US-Präsident Trump „Chabbad Lubowitsch



Abbildung 10

T-Shirt-Motiv; Ein populärer grafischer Stil mit dem Botschaften auch ohne Vokale vermittelt werden. Hier: „Juden Lügen“, 11. Juli 2020, Düsseldorf, Foto: Dennis Pesch

[sic] Vertretern“, d.h. Angehörigen der orthodoxen Bewegung Chabad Lubawitsch, „6 Trillionen Dollar“ habe zukommen lassen und, dass zukünftig „jüdische Lieder“ vor der USA-Nationalhymne gespielt würden. Der Themenkomplex wurde von unterschiedlichen Gruppenmitgliedern über den gesamten Zeitraum immer wieder aufgebracht.

Vorfälle Köln

In Köln wurden zwei antisemitische Vorfälle auf Versammlungen dokumentiert. Darüber hinaus kam es in den mit den Protesten verknüpften Telegramgruppen auch zu antisemitischen Äußerungen. Während einer Covid-19-Protestveranstaltung am 9. Mai trug eine Person ein T-Shirt, auf dem sich ein sogenannter „Judenstern“ mit dem englischen Wort für „impfen“ und einem angedeuteten Chip befand. Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgte am 23. Mai bei einer größeren Protestkundgebung ein Mann, der Häftlingskleidung mit einer großen Häftlingsnummer auf der Brust trug, die offenkundig an die Häftlingskleidung in den deutschen Konzentrationslagern erinnern sollte. Er streckte vor zahlreichen Kameras immer wieder ein Pappschild mit der Aufschrift „Maske macht frei“ empor, was auf die bekannte Parole „Arbeit macht frei“ am Tor des nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers

Auschwitz anspielt. Dieser Vorfall stellt eine drastische Relativierung der Schoa und somit eine Form von Post-Schoa-Antisemitismus dar.

In einer Telegramgruppe einer der Hauptakteur*innen der Kölner Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie, einer selbsternannten „Heilerin“, kam es ebenfalls zu Äußerungen aus dem Bereich des Post-Schoa-Antisemitismus. Hier wurde ein Beitrag mit der Aussage „Impfen macht frei“ gepostet. In verschiedenen Telegramgruppen, die in Verbindung zu den Protesten im Raum Köln stehen, wurde mehrfach eine antisemitische Karikatur verbreitet, die den Eingang zum Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, erneut mit der Inschrift „Impfen macht frei“, zeigte. Dieser wurde von zwei Security-Leuten mit Spritzen bewacht und der Weg ins Innere des Lagers führte zu einem Bild von Bill Gates. Auch diese Darstellung ist als Post-Schoa-Antisemitismus einzustufen.

Vorfälle Dortmund

In Dortmund wurde eine Versammlung, bei der es zu einem antisemitischen Vorfall kam, dokumentiert. Zudem kam es auch in einer Telegramgruppe, die zur Organisation und Koordination der Proteste genutzt wurde, zu antisemitisch konnotierten Äußerungen. In einem Demoaufruf zum 1. August aus der Dortmunder ‚Nicht ohne uns! Medien Gruppe‘ hieß es dort etwa:

„[...] Der Tiefe Staat weiß, dass er alles verlieren wird, wenn wir ihm die Macht über uns entziehen. Sie halten uns nur noch mit Angst am laufen. Gates, Rockefeller und Sorros [sic] haben vor durch Impfzwang die Menschheit zu reduzieren. [...]“

Die durch diese Aussage transportierten Verschwörungsmythen sind dem Bereich des modernen Antisemitismus zuzuordnen. In einer anderen Chatgruppe wurde wiederum die häufig genutzte Kombination eines sogenannten „Judensterns“ mit der Beschriftung „ungeimpft“ gepostet, was eine Form des Post-Schoa-Antisemitismus darstellt.

Am 13. Juni wettete ein Demoteilnehmer am ‚offenen Mikro‘ gegen die „Rothschilds“ und erklärte gestenreich, dass die deutsche Regierung „Marionetten“ wären. Dieser Vorfall lässt sich dem modernen Antisemitismus zurechnen, da klassische Motive einer jüdischen Weltverschwörung durch entsprechende Codes und Metaphern transportiert wurden.

Vorfälle Raum Aachen, Düren, Kreis Heinsberg

Im Raum Aachen, Düren sowie im Kreis Heinsberg ist lediglich ein antisemitischer Vorfall bei einer Versammlung dokumentiert worden, jedoch war das Protestgeschehen in dieser Region sehr heterogen und auf eine Vielzahl kleinerer und kleinster Versammlungen verstreut, was die Dokumentation erschwerte. Bei dem Vorfall handelte es sich um den Redebeitrag einer Person am 13. Juni in Heinsberg, die in der Region bereits als Angehöriger des sogenannten „Reichsbürger“-Spektrums bekannt ist. Eine Passage des Redebeitrags enthielt einschlägige Andeutungen, die die Aussagen für Antisemitismus anschlussfähig machten: Der Redner sagte, dass das Virus dramatisiert würde und unter anderem Bill Gates „einzig und allein des lieben Geldes wegen“ einen Impfstoff entwickle. Gates wurde dabei in klassisch antisemitischer Weise als weltweit aktiver Strippenzieher beschrieben, der jeden Menschen impfen wolle. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass diese Verschwörungsmythen ohne expliziten Antisemitismus auskamen. Der Redner wies in diesem Zusammenhang auch auf die sogenannten „Georgia Guidestones“ hin, von denen Verschwörungsideolog*innen behaupten, sie seien von einem Geheimbund erbaut worden, welcher mit der sogenannten „New World Order“ (NWO) in Verbindung stehe oder jene „Neue Weltordnung“ aufzubauen gedenke. Er ging nicht näher auf diesen Hintergrund ein, wies jedoch darauf hin, dass auf den Steinen „die Regeln von einer unbekanntem, ja, manchen sind sie ja bekannt, aber überwiegend einer unbekanntem Elite“ stünden. Auch diese Formulierung transportierte klassische antisemitische Vorstellungen einer jüdischen Weltverschwörung, die aufgrund der weitgehenden gesellschaftlichen Ächtung offener antisemitischer Äußerungen verklausuliert angedeutet wurde. Die Verwendung bestimmter Codes und Andeutungen entspricht dabei einer gängigen Strategie, die antisemitische Artikulationen ohne explizite und damit potentiell sanktionierbare Formulierungen ermöglicht.

Im weiteren Verlauf seines Redebeitrags stellte der Redner zudem die Behauptung auf, dass das, was früher in den KZ geschehen sei, „demnächst auf offener Straße gemacht wird. Ich sehe es kommen, dass diese [unsere] Bevölkerung komplett ausgelöscht wird und dass diese Bevölkerung komplett unterworfen und unterjocht wird. Mit einer Methode die so subtil [...] ist, dass es jeder mitmacht.“ Diese Aussage wird als Vorfall dem Bereich Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet und als verletzendes Verhalten eingestuft. Es wurde erneut die Schoa drastisch bagatellisiert und ein Szenario entworfen, das wiederum mit klassischen Elementen antisemitischer Denkmuster wie Vorstellungen eines übermächtigen und heimtückischen bzw. hinterlistigen Gegners einhergeht.

Schleswig-Holstein

1. Januar bis 1. Juli 2020

Monitoringbericht von
LIDA-SH



Im Rahmen des communitygestützten und sozialraumspezifischen Monitorings durch die landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus in Schleswig-Holstein (LIDA-SH) konnten im ersten Halbjahr 2020 antisemitische Vorfälle im Sinne des RIAS-Kategoriensystems und mit einem eindeutigen Bezug zur Coronapandemie ausschließlich im Kontext von Demonstrationen dokumentiert werden (Stand 15. Juli 2020, Nachmeldungen stehen noch aus).

In der strukturierten Erfassung antisemitischer Vorfälle im Bundesland ist LIDA-SH zentral auf ein Netzwerk von AkteurInnen in der Fläche des Landes angewiesen. Die Vernetzungs- und KooperationspartnerInnen des Projektes leisten sowohl Unterstützung bei der Bekanntmachung des Angebots, als auch im Rahmen der proaktiven, vorfallsbezogenen Recherche. Zudem leiten sie bekannt gewordene Vorfälle direkt an die Dokumentationsstelle weiter. Da LIDA-SH gemäß ihrem Auftrag und dem Konzept zur strukturierten Erfassung antisemitischer Vorfälle im Bundesland keine proaktive Beobachtung von Kundgebungen und Veranstaltungen durchführt, können Einschätzungen ausschließlich auf Basis uns gemeldeter Vorfälle getroffen werden. Laut Recherchen der Lübecker Nachrichten fanden zwischen dem 23. März und dem 15. Juni insgesamt 135 „thematisch auf die Grundrechte und die Hygieneregeln“ bezogene Kundgebungen statt, wobei die Beteiligung zwischen 4 und 300 Personen schwankte.¹⁸ Eine darüberhinausgehende Einschätzung zum Beispiel zum Ausmaß der Beteiligung an den jeweiligen Protesten gegen Hygienemaßnahmen oder zu relevanten OrganisatorInnen der Proteste ist LIDA-SH vor diesem Hintergrund nicht möglich.

Insgesamt hat LIDA-SH Kenntnis von vier antisemitischen Vorfällen auf Kundgebungen in Kiel, Eckernförde und Flensburg. In keinem der dokumentierten Vorfälle wurden Personen direkt adressiert. Alle Vorfälle manifestierten sich verhältnismäßig

18 <https://www.in-online.de/Nachrichten/Norddeutschland/Ueber-150-Corona-Demos-in-Schleswig-Holstein>

Antisemitische Stereotype wurden auch in Schleswig-Holstein regelmäßig im Rahmen der Auseinandersetzung um die Hygienemaßnahmen während der Coronapandemie öffentlich verbreitet.

niedrigschwellig in Form von verletzendem Verhalten. Darüber hinaus konnten kaum Gemeinsamkeiten ausgemacht werden, jeweils ein Vorfall wurde dem israelbezogenen Antisemitismus und dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet. Zwei weitere Vorfälle sind dem modernen Antisemitismus zuzuordnen. Antisemitismus wurde auf den Demonstrationen sowohl über Redebeiträge, abgespielte Lieder, als auch über Plakate und Zeichen artikuliert.

So zeigte am 23. Mai ein Teilnehmer der „Flensburg für Grundrechte“ Demonstration, einem lokalen Ableger der sogenannten Hygienedemonstrationen gegen die Maßnahmen im Kontext der Coronapandemie einen sogenannten „Judenstern“ mit der Inschrift „ungeimpft“ und verharmloste damit die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus.

Am 27. Juni fragte einer der Hauptredner auf einer Kundgebung gegen die Pandemie-maßnahmen in das Publikum: „Der reichste Mensch der Welt ist?“, worauf aus dem Publikum gerufen wurde „Rothschild!“ Das Aufrufen dieses tradierten antisemitischen Codes, hinter dem sich die Imagination einer besonderen ökonomischen und politischen Macht von Jüdinnen und Juden verbirgt, blieb sowohl von dem Redner als auch von den anderen Teilnehmenden unwidersprochen.

Auch wenn in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Bayern, Berlin oder Baden-Württemberg deutlich weniger Vorfälle im Kontext der Coronapandemie dokumentiert wurden, ist der Anteil an allen im ersten Halbjahr

dokumentierten Vorfälle bemerkenswert hoch. Antisemitische Stereotype wurden demnach auch in Schleswig-Holstein regelmäßig im Rahmen der Auseinandersetzung um die Hygienemaßnahmen während der Coronapandemie öffentlich verbreitet. Dabei äußerte sich Antisemitismus in Schleswig-Holstein auch in diesem Kontext verhältnismäßig niedrigschwellig. Mit den Auswirkungen solch niedrigschwelliger Vorfälle auf Jüdinnen und Juden setzt sich die von LIDA-SH herausgegebene Auswertungsbroschüre antisemitischer Vorfälle 2019 eingehend auseinander.¹⁹

¹⁹ <http://bit.ly/LIDA-Publikationen>

Jederzeit können Sie uns Ihre
Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle mitteilen:
www.report-antisemitism.de

Auch telefonisch:

Bayern	0162 / 29 51 961
Berlin	0152 / 13 36 21 98
Brandenburg	0331 / 58 56 79 10
Schleswig-Holstein	0431 / 301 403 799 (montags 10-12 und donnerstags 18-20 Uhr)
in anderen Bundesländern	0152 / 13 36 21 98

Den Bundesverband RIAS erreichen Sie außerdem auf:

facebook.com/BundesverbandRIAS

twitter.com/Report_Antisem